

Kommunalwahlprogramm Volt Greifswald

In Greifswald stehen wir in den kommenden Jahren vor großen Herausforderungen. Wie soll eine soziale Stadtplanung aussehen? Wie wird die digitale Modernisierung unserer Stadt vorangetrieben? Wie wird Bildung so gestaltet, dass sie inklusiv in allen Bereichen wird?

Dies sind nur einige der Fragen, auf die es jetzt Antworten braucht!

Volt steht für eine progressive Politik, die immer alle mitdenken soll. Viele von unseren lokalen Problemen sind auch in anderen Kommunen vorhanden. Warum sollte man alleine stehen, um sie zu lösen?

Als eine neue politische Kraft wollen wir die besten bereits vorhandenen Lösungen aus Europa und der ganzen Welt nutzen, um uns lokal zu verbessern. Man muss das Rad nicht neu erfinden und auf dem Weg dorthin viel Zeit und Geld verschwenden, um zu einer besseren Zukunft zu gelangen.

Was es braucht, ist Austausch und ein Plan, um in einer großen gemeinsamen Kraftanstrengung die Probleme unserer Zeit anzupacken.

Dies wollen wir folgendermaßen angehen:

Bildung

Wir wollen die lokale Bildung in verschiedenen Bereichen nachhaltig fördern. Hierbei soll von der frühkindlichen Bildung bis zum Arbeitsleben jeder Schritt begleitet werden.

Frühkindliche Bildung

Angebote der Kinderbetreuung sind Voraussetzung dafür, dass Eltern einer beruflichen Tätigkeit nachgehen können. Doch primär ist die frühe Kinderbetreuung wichtig, da sie in der Förderung von Kindern einen wichtigen Beitrag zur Chancengerechtigkeit leistet. Kinder können dort Kontakte zu Gleichaltrigen aufbauen und von altersgerechten Bildungsangeboten profitieren. Erzieher*innen unterstützen und begleiten sie dabei. Durch vielfältige Angebote, Aktivitäten und unterschiedliche pädagogische Konzepte fördern sie die soziale, emotionale, körperliche und geistige Entwicklung des Kindes umfassend und individuell.

- Wir fordern, dass das Angebot frühkindlicher Bildung ausgeweitet wird. Alle Formen frühkindlicher Förderung in Vorschulen, Kindergärten und ähnlichen Einrichtungen (Sport, Kunst, Musik) sollen für alle gleichermaßen zugänglich sein.

Wir wollen die Möglichkeiten schaffen, Kinder zu innovativem und unabhängigem Denken zu erziehen. Sport und Bewegung, Musik und Kunst, Sprach- und Kulturvermittlung sowie Umwelt- und Gesundheitsthemen sollen die individuelle Entfaltung von Persönlichkeit und Potenzial ermöglichen und Kinder auf die Anforderungen des Alltags und der Gesellschaft vorbereiten. Die Kinder sollten auch noch Kinder sein dürfen, um sich selbst durch vorhandene Angebote in ihrer Persönlichkeit weiterentwickeln.

- Durch kostenlose und gesunde Verpflegung, verknüpft mit pädagogischen Elementen, wollen wir den interkulturellen Austausch sowie das Ernährungs- und Gesundheitsbewusstsein stärken. Sinnvoll dafür sind unter anderem gemeinsame Kochtage in regelmäßigen Abständen.
- Wir möchten insbesondere auf Förderbedarf von Kindern mit Defiziten bzw. Hochbegabung eingehen. Dabei soll gerade die sprachliche Frühförderung und Integration ausgebaut werden.
- Kinder sollen bei Bedarf durch regelmäßige Förderkurse in der Kita mit dem Erlernen von Deutsch als Alltagssprache auf die Schule vorbereitet werden.
- Wir wollen fördern, dass in Kindergärten auf spielerische Weise erste Kenntnisse der englischen Sprache vermittelt werden. Ebenso unterstützen wir eine zweisprachige Erziehung von Kindern im Immersionsmodell, wo dies angeboten werden kann.
- Wir setzen uns für die Stärkung der Verkehrserziehung ein, damit Kinder spätestens mit dem Eintritt in die Schule diese selbstständig erreichen können
- Wir möchten zudem, dass in Kindergärten Projekte gefördert werden, bei denen Kinder soziales Handeln erlernen. Sie sollen sich als Teil der Gesellschaft begreifen, anderen helfen lernen, die Gleichheit aller Menschen verstehen, Werte der Gesellschaft verinnerlichen und Verantwortung für Klima und Umwelt erlernen. Wir unterstützen hierzu auch Projekte, bei denen regionale Partner*innen einbezogen werden, um ein interaktives Lernen zu ermöglichen.

Die Kinderbetreuungsstätten kämpfen momentan mit dem Fachkräftemangel. Dies führt zu verkürzten Öffnungszeiten, Vergrößerungen der Gruppen und insgesamt einer schlechteren Betreuungs- und Arbeitssituation für Kinder, Eltern und Erzieher*innen. Die Gebühren der Kitas fallen bundesweit sehr unterschiedlich aus. Sie dürfen keinesfalls zum Hindernis werden für die frühkindliche Förderung oder Gleichberechtigung von Eltern. Ebenso sind anhand einer Überwachung der Geburtenzahlen rechtzeitig Pläne zu erstellen, um den absehbaren Bedarf bedienen zu können.

Zur Sicherstellung der Qualität der Kita soll ein Betreuungsschlüssel von 3 : 1 für Kinder unter 3 Jahren und von 7,5 : 1 für Kinder über 3 Jahren nicht überschritten werden. Die Kinder sollen dabei in feste, altersgemischte Gruppen mit klaren Bezugspersonen eingeteilt werden.

- Wir wollen erreichen, dass der Beruf der Erzieher*in attraktiver wird. Das beinhaltet eine Finanzierung der Ausbildung durch kommunale Unterstützungsgelder in Höhe des Schüler*innen-BAföGs und bezahlte Tätigkeiten in den Praxisphasen. Zudem setzen wir uns dafür ein, die Ausbildungskapazitäten

für Erzieher*innen auszuweiten sowie sie innerhalb staatlicher Einrichtungen finanziell mit Grundschullehrer*innen gleichzustellen.

- Wir unterstützen daher die Umsetzung eines familienfreundlichen Umschulungsprogrammes. Dabei sollen Praxisphasen auch in Teilzeit ermöglicht und Theorieteile in einer Mischung aus klassischer Berufsschule und E-Learning vermittelt werden. So soll der Berufsabschluss „Staatlich geprüfte*r Erzieher*in“ auch für Quereinsteiger*innen möglich sein und ideale Ausbildungsbedingungen bieten.
- Wir setzen uns darüber hinaus auch für ständige Qualifizierung der Erzieher*innen im Bereich der Digitalisierung und Medienbildung ein. Wir halten das Erstellen eines Digitalisierungskonzepts für Kitas für notwendig.
- Wir möchten die Eltern von Kindergartenkindern unterstützen. Zu diesem Zeitpunkt wird die Grundlage für späteres Verhalten der Kinder gelegt. Daher sollte man schon früh die Eltern mit einbinden und sie begleiten. Eltern können beispielsweise über eine App-gestützte Plattform besser für die gegenseitige Unterstützung bei der Kinderbetreuung eingebunden und gleichzeitig entlastet werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass der Service des KITA-Finders weiter verbessert wird. So könnten vorhandene Plätze in einem Portal gesucht und bestehende Beratungs- und Vermittlungsangebote rechtzeitig und übersichtlich bekannt gemacht werden. Dies schließt die umfassende Vorstellung der Einrichtungen mit deren Öffnungs- und Schließzeiten mit ein.

Ausstattung und Struktur der Schulen

Als Schulträgerin ist die Kommune für die Ausstattung der Schulen verantwortlich. Dabei ist es nicht nur ihre Aufgabe, moderne und funktionstüchtige Gebäude bereitzustellen und genug Personal anzustellen: In ihrem Zuständigkeitsbereich liegt auch, Schüler*innen über den Unterricht hinausgehend Wissen fürs Leben beizubringen, ihr Wohlbefinden in der Schule zu verbessern und dabei die Schulen auch ein Stück weit klimafreundlicher zu machen.

Eine wichtige Grundvoraussetzung für den Erfolg des Unterrichts sind intakte und moderne Gebäude in allen Bildungsbereichen. Die Stadt hat als Schulträger die Verantwortung hierfür zu sorgen. Deshalb setzen wir uns für Folgendes ein:

- Bei der kontinuierlichen Beurteilung der Gebäude und der Schulausstattung soll das Feedback von Schüler*innen und Eltern eingefordert und berücksichtigt werden. Durch eine transparente Darstellung des Ist-Zustandes der Schulgebäude sowie der geplanten Projekte sollen dabei Möglichkeiten zur Mitgestaltung geschaffen werden.
- Durch passende räumliche Voraussetzungen für Ganztagsplätze können insbesondere die Bedürfnisse sozial benachteiligter Kinder berücksichtigt werden.
- Schulgebäude müssen fortlaufend daraufhin überprüft werden, wo eine Sanierung und wo ein Neubau sinnvoller wäre. Hierbei sollten ein Fokus auf die energetische Sanierung der Gebäude gelegt und ökologische Aspekte (z. B. in Schulhöfen) berücksichtigt werden.

- Die Schulen sollen fortlaufend auf Barrierefreiheit geprüft und den Bedürfnissen der Schüler*innen in ihrer Zugänglichkeit angepasst werden.
- Schulen sollen für mehr Nachhaltigkeit und zur Plastikvermeidung mit Wasserspendern ausgestattet werden.

Damit in Schulen mehr Personal angestellt werden kann, möchten wir folgende Rahmenbedingungen schaffen:

- Durch zusätzliche Einstellungen wollen wir multiprofessionelle Teams aus Erzieher*innen, Sozialpädagog*innen, Logopäd*innen, Motopäd*innen und Psycholog*innen u. ä. schaffen und Kitas und Schulen damit unterstützen. Dabei sollten die neuen Einstellungen nach den sozialen Rahmenbedingungen an den Schulen gestaffelt werden.
- Die Stadt muss Erzieher*innen und Lehrer*innen stärker bei der Suche nach passendem Wohnraum helfen und bei Bedarf auch finanziell unterstützen.
- Spezielle Programme für Kinder mit Förderbedarf und Hochbegabung sollen mit mehr Personal ausgestattet werden.

Schulen sollten verstärkt darauf achten, dass ein angenehmes Lernklima für die Schüler*innen geschaffen wird. Der Schulbesuch umfasst aber weit mehr als nur den eigentlichen Unterricht, sondern beinhaltet z. B. auch den Schulweg oder die Verpflegung in der Schule.

- Wir wollen den Schüler*innen einen sicheren Schulweg garantieren und setzen uns daher für die Erreichbarkeit aller Schulen über sichere, ausreichend beleuchtete Geh- und Fahrradwege ein. Zudem sollen Busrouten, wenn möglich, ausgebaut werden.
- Ein späterer Schulbeginn beeinflusst Noten, Aufmerksamkeit und Pünktlichkeit positiv. Auch werden die Schulwege der Kinder sicherer. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der Schulbeginn auf 9 Uhr verlegt wird.
- Wir wollen alle Schulen und Kitas in die Lage versetzen, täglich kostenlose, gesunde, regionale und ökologische Verpflegung anzubieten.

Inklusion

Lange Zeit wurden Menschen mit Behinderung auf ihre Behinderung reduziert, ausschließlich in Förderschulen unterrichtet und bis zum Rentenalter in Behindertenwerkstätten angestellt.. Dabei wünschen sich viele von ihnen, dass die geltende Gesetzeslage auch auf lokaler Ebene umgesetzt wird und ihnen einen fairen Zugang zum Bildungs- und Arbeitsmarkt ermöglicht. Sie wollen mitreden und mitmachen, ohne reduziert und ausgegrenzt zu werden. Inklusion in der Schule ist hier ein wichtiger Schritt zum Ziel einer gleichberechtigten Gesellschaft.

Inklusive Bildung bedeutet, das Schulleben und den Unterricht so zu gestalten, dass alle Schüler*innen zusammen lernen können. Und zwar unabhängig davon, ob bei einigen von ihnen eine Behinderung (in der Fachsprache: erhöhter Förderbedarf) oder spezielle Begabung vorliegt oder nicht. Quasi eine Schule für alle. Wir möchten dafür die folgenden Maßnahmen auf den Weg bringen.

- Inklusionshelfer*innen sollten in großem Maße zur Verfügung gestellt und karitative Verbände dabei unterstützt werden, diese Integration für alle Kinder im Grundschulbereich umzusetzen. Gleichzeitig muss der Prozess für die Genehmigung von Inklusionshelfer*innen entbürokratisiert und beschleunigt werden. So können Kinder schneller Unterstützung erhalten, sobald ein Bedarf festgestellt wird. Es ist auch wünschenswert, dass Grundschul Kinder ihre Inklusionshelfer*innen beim Wechsel an die weiterführende Schule behalten dürfen, um den Kindern das Einleben an der neuen Schule zu erleichtern.
- Die sprachliche Förderung und Integration benachteiligter Kinder soll ausgebaut werden. Wir schlagen die Einführung eines Pools vor, in dem zusätzlichen Fachkräfte wie Logopäd*innen und Ergotherapeut*innen angestellt werden und zwischen den Schulen in Greifswald wechseln.
- Wir setzen uns für eine umfassende, stärkere Aufklärung über sämtliche Einschränkungen und Behinderungen ein. Allein das Wissen über die Situation von Menschen mit Behinderung bringt oft auch mehr Verständnis für ihr Verhalten mit sich. Dieses Verständnis kann durch die Förderung inklusiver Räume und Angebote vertieft werden und für mehr soziale Kontakte zwischen Menschen mit und ohne Behinderung sorgen.

Berufliche Ausbildung

In vielen Bereichen gibt es einen stark wachsenden Mangel an beruflichen Fachkräften. Dieser Mangel hemmt die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands. Am häufigsten fehlen Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung sowie Spezialist*innen und Expert*innen bestimmter Berufsgruppen. So werden vielerorts Pflegekräfte, Handwerker*innen, Bus- und Bahnführer*innen, uvm., aber auch akademische MINT-Berufe händeringend gesucht.¹

Viele Ausbildungsstellen bleiben jedes Jahr unbesetzt. Es gibt vielfältige Gründe:

- Die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen ist im Vergleich zum Angebot zu gering.²
- Die Ausbildungswünsche der Jugendlichen passen nicht zu den offenen Ausbildungsstellen.
- Der ÖPNV ist unzureichend ausgebaut oder fehlt ganz, damit entsteht ein Flexibilitätsdefizit in der Mobilität.
- Es fehlt die gesellschaftliche Anerkennung von Ausbildungsberufen im Allgemeinen und bei bestimmten Ausbildungsberufen im Besonderen.
- Die Ausbildungsvergütung ist niedrig.
- Es fehlt an günstigen Wohnungen für Auszubildende.

Aus diesen Gründen werden rund 25 % der geschlossenen Ausbildungsverträge wieder aufgelöst.³

- Wir wollen Berufe, für die es wegen einer geringen Bekanntheit oder eines

¹[Regionale Fachkräftesituation](#)

[Interaktive Karte: Azubi vs. offene Stellen](#)

² [Berufsbildungsbericht, S. 11](#)

³ [Berufsbildungsbericht, S. 89](#)

schlechten Images weniger Ausbildungsbewerber*innen gibt, durch geeignete Informationskampagnen attraktiver zu machen. Hierzu gehört auch die Möglichkeit, Weiterbildungsmaßnahmen und Umschulungen in der beruflichen Laufbahn wahrnehmen zu können.

- Über kommunale Vernetzung zwischen Schulen, Kommunen und Unternehmen (z. B. durch Schaffung einer entsprechenden Online-Plattform) wollen wir es Kleinst- und Kleinunternehmen, welche in Deutschland 96 % aller Unternehmen ausmachen, erleichtern, passende Auszubildende zu finden. Kooperationen mit Ausbildungszentren und anderen Kleinstunternehmen sollen hierbei gezielt gefördert werden.
- Wir wollen, dass allen Schüler*innen unabhängig ihres Bildungsganges regelmäßige Praxistage in den Betrieben ermöglicht werden sowie Schulen einen leichteren Zugang zu Expert*innen der Berufswelt erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass unterrichtsbegleitend Berufspraxis und berufsvorbereitende Workshops durch Fachpersonal aus Handel, Handwerk und Industrie verwirklicht werden können.
- Wir wollen weitere Potenziale bei ungelernten Erwachsenen sowie Einwanderer*innen. Diese möchten wir durch eine gezielte Integration über Berufsschulmaßnahmen zum (Fach-)Spracherwerb vorbereiten, damit motivierte und berufserfahrene Menschen aus dem Ausland zügig in den Arbeitsmarkt eintreten können. Ebenfalls bedarf die Anerkennung von Qualifikationen und Abschlüssen einer Entbürokratisierung.
- Wir wollen bessere Aufklärung und Befähigung von Auszubildenden bezüglich ihrer Rechte gegenüber ihren Arbeitgeber*innen. Hierfür sollen die zuständigen Stellen (Kammern) finanziell besser ausgestattet und entsprechende Inhalte in den Berufsschulen unterrichtet werden.
- Wir wollen ERASMUS+⁴ unterstützen, ein Programm für weiterführende Projekte und Partnerschaften zum Zwecke der Berufsbildung über Grenzen hinweg über Grenzen hinweg, indem wir Unternehmen und Schüler*innen in beruflicher Ausbildung über das Programm informieren und für die Teilnahme motivieren.
- wir wollen die Kooperation mit Hotels stärken damit diese vergünstigte Unterkünfte für auszubildende und Berufsschüler anbieten.⁵

Beteiligung von Einwohner*innen der Stadt Greifswald

Wir engagieren uns für eine lebendige und demokratische Einwohner*innengesellschaft in unserer Stadt. Die Bürger*innen sind in ihrem Alltag unmittelbar von Entscheidungen der Kommunalpolitik betroffen und zugleich Expert*innen für ihre kommunale Lebenswelt. Dennoch haben Einwohner*innen zu oft das Gefühl, ihre Meinung werde nicht gehört und über ihre Köpfe hinweg entschieden. Darunter kann das Vertrauen in unsere Demokratie leiden. Durch eine faire und transparente Beteiligung von Einwohner*innen an den politischen Prozessen kann eine höhere Akzeptanz und Umsetzungsbereitschaft für Maßnahmen entstehen. Daher sollten sie aktiv und wirksam in die Entscheidungsfindung

⁴ [Website Erasmus+](#)

⁵ [Kooperation Hotel-Internat](#)

einbezogen werden und Möglichkeiten zur Mitbestimmung haben. Sie können mit ihren Ideen die Entscheidungsqualität der öffentlichen Verwaltung sowie des Stadt- oder Gemeinderates bereichern. Damit sich Einwohner*innen mit ihren Ideen aktiv einbringen können, muss politische Partizipation leicht, verständlich und wirksam sein. Kommunalpolitik muss auf Augenhöhe stattfinden – zwischen gewählten Vertreter*innen und der Stadtgesellschaft.

- Über ein digitales Einwohner*innenportal können sich die Menschen in Greifswald informieren, wie sie sich politisch beteiligen und mitgestalten können und in welcher Form sie sich bei welchen Projekten beteiligen können. Darüber kann es auch möglich sein, aktuelle Vorschläge zu kommentieren und zu diskutieren.
- Greifswald soll eine eigene Informationsfreiheitsgesetzgebung verabschieden. Damit verpflichtet sich Greifswald zur Informationsherausgabe, und Einwohner*innen können diese bei der Verwaltung anfragen.
- Rats-, Gemeinde- sowie Ausschusssitzungen werden live auf der Homepage der Stadt Greifswald übertragen und können so von allen Einwohner*innen verfolgt werden.
- Wir setzen uns für die Beteiligung der Einwohner*innen am kommunalen Haushalt ausbauen, indem „Einwohner*innenbudgets“ im Rahmen einer partizipativen Haushaltsplanung eingerichtet werden, über deren Verwendung die Einwohner*innen selbst entscheiden können.
- Wir setzen uns für die Einführung von Einwohner*innenräten ein. So soll ein Diskussionsraum für die Menschen geschaffen, der Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft verbessert sowie die Möglichkeiten, an Entscheidungen mitzuwirken, erweitert werden.

Kinder- und Jugendbeteiligung

Junge Menschen sind politisch und setzen sich immer stärker für ihre Interessen ein, wie bspw. bei Fridays for Future. Besonders sorgen sich junge Menschen um ihre Zukunft, Bildung und um den Klimawandel. Dabei fühlen sie sich von der Politik weder gehört noch ernst genommen und sehen kaum Möglichkeiten zur Mitwirkung an politischen Entscheidungen. Wir wollen unsere Kommune kinder- und jugendgerecht gestalten. Wir wollen die politische Beteiligung von jungen Menschen sowie die Rechte von Kindern und Jugendlichen in unserer Kommune stärken.

- Wir setzen uns für die Einrichtung einer Fachstelle (oder auch ein Kinder- und Jugendbüro) in doppelter Trägerschaft von städtischem und freiem Träger (Best Practice aus Nürnberg, Düsseldorf oder Köln).
- Wir setzen uns für die Einrichtung eines Jugendrats ein, entsprechend der Qualitätskriterien für Jugendräte.
- Wir setzen uns für die Finanzierung einer Vollzeitstelle für eine Bildungsreferent*in im kommunalen Jugendring und unterstützen damit die Jugendverbandsarbeit.

Digitalisierung & Verwaltung für Greifswald

Das Greifswald der Zukunft vernetzt sich mit digitalen Technologien, um das Umfeld der Bürger*innen und Organisationen einfacher, nachhaltiger und günstiger zu gestalten. Wir

möchten die nachfolgenden Forderungen umsetzen, um Greifswald bereit für die Zukunft zu machen.

Entwicklung einer kommunalen Smart City Strategie

Die sinnvollen Anwendungsfälle können sich von Stadt zu Stadt unterscheiden. Um eine individuell sinnvolle Priorisierung der möglichen Themen zu treffen, schlagen wir eine Strategie auf Basis folgender Überlegungen vor:

- Zunächst ist eine Interessenanalyse durchzuführen, in welcher insbesondere die Interessen der Bürger*innen einbezogen werden.
- Anschließend soll unter Beteiligung von Bürger*innen, Interessensverbänden und gegebenenfalls mit Unterstützung von kooperativen Hochschulen definiert werden, welche Ziele die Smart City-Strategie der Stadt erreichen möchte. Ziele sollten dabei soziale, ökologische und ökonomische Aspekte umfassen.
- Die Priorisierung der Maßnahmen sollte Aspekte wie den Beitrag zur Zielerreichung und mögliche Risiken einbeziehen. Weiterhin sollten Datenschutz und Synergieeffekte betrachtet werden.

Umsetzung von Projekten

Im Rahmen der Umsetzung von Projekten planen wir die folgenden Maßnahmen:

- Wir setzen uns für die Umsetzung von Projektbezogenen Budgets ein welche die Bürger*innen über eine Webseite transparent einsehen können.
- Wir möchten ein Smart City-Ausbildungsprogramm für Mitarbeiter*innen der Greifswalder Verwaltung einführen. Ebenso soll es für Bürger*innen und Organisationen bedarfsgerechte Aufklärungsveranstaltungen über den Umgang mit, und die Potenziale von Smart City-Projekten geben.
- Wir möchten für die Umsetzung und Weiterentwicklung der Smart City-Strategie soll eine spezielle Smart City-Koordination benannt werden, die die Abstimmung mit anderen Kommunen übernimmt und Bürger*innen sowie Organisationen die Anteilnahme an laufenden und geplanten Projekten anbietet.
- Wir möchten Projekte stets langfristig denken und laufend den geplanten Betriebs- und Wartungsaufwand ermitteln, dokumentieren und optimieren. Die Nutzbarkeit der Smart City-Lösungen für Bürger*innen steht hierbei im Vordergrund.

Open Data & Open Source

Wesentlich für erfolgreiche Smart City-Projekte sind für uns die Schaffung von Standards für Open Data und, wo möglich, die Nutzung von Open-Source-Lösungen.

Greifswald besitzt viele Daten, die aber oft nicht zur Nutzung verfügbar sind. Open Data kann deutschlandweit einen Mehrwert von 40 Mrd. € pro Jahr bieten und bis zu 20.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Es gibt bereits kommunale Open-Data-Plattformen, doch diese bieten oft zu wenig Mehrwert; zudem fehlen Standards, Ressourcen und Expertise. Wir schlagen vor, eine verbesserte und benutzerfreundliche Plattform zu schaffen sowie Schnittstellen zur Visualisierung, Analyse und Prognose der Daten bereitzustellen. Zudem sollten die Kommunen Open-Source-Lösungen bevorzugen und auf gemeinsame und offene Schnittstellenstandards achten, soweit diese vergleichbar praktikabler als

proprietäre Lösungen (privatwirtschaftlich kontrollierte Software ohne Veröffentlichung des Quellcodes) sind.

Offenlegung von wirtschaftsrelevanten Daten

Um die vielfältigen Potenziale von Open Data nutzbar zu machen, sehen wir folgende Notwendigkeiten:

- Wir setzen uns für die Betreuung von Open-Data-Plattformen ein, auf denen alle vorhandenen, relevanten Daten (z. B. Geodatenätze, Umweltdaten usw.) einfach zugänglich und übersichtlich bereitgestellt werden. Vorhandene Daten sollen ohne Vorwissen nutzbar sein. Eine Bereitstellung von Schnittstellen, die eine Visualisierung, Analyse und Prognose von Daten mithilfe eigener Werkzeuge ermöglichen, ist obligatorisch.
- Wir setzen uns für die Bereitstellung sämtlicher Daten in deutscher und englischer Sprache ein.

Digitalisierung der Verwaltung

Wir setzen uns für die Digitalisierung der Verwaltungsdienstleistungen ein, um effizientere Alternativen zu analogen Prozessen zu schaffen. Um die Digitalisierung der Verwaltung voranzutreiben, möchten wir den folgenden Maßnahmenkatalog verfolgen:

Aufbau digitaler Kompetenzen

- Wir setzen uns für die Einführung von Workshops über die Digitalisierung werden alle Mitarbeitenden der Verwaltungseinrichtungen bezüglich der Digitalisierung geschult.
- Wir setzen uns für Weiterführende Förderprogramme Bereich der Digitalisierung ein.
- Wir setzen uns für eine Stabsstelle im Bereich Digitalisierung ein.

Digitalisierung der Verwaltung für alle

- Inklusion ist uns ein wichtiges Anliegen: Daher sollten alle Verwaltungsdienstleistungen auch die Bedürfnisse benachteiligter Personengruppen berücksichtigen und so verständlich und barrierefrei wie möglich gestaltet werden.
- Digitale Angebote sollen neben der deutschen Sprache stets auch in englischer Sprache angeboten werden sowie idealerweise in weiteren Sprachen, die von vielen unserer Mitbürger*innen häufig gesprochen werden. Hier kann der Einsatz von Künstlicher Intelligenz einen Mehrwert für Bürger*innen und Verwaltung bieten.
- Bestenfalls werden Verwaltungsdienstleistungen durch Möglichkeiten wie Chatbots unterstützt, die bei Fragen aus der Bevölkerung behilflich sind.

Monitoring der Fortschritte bei der Digitalisierung unserer Verwaltung

Wir möchten Transparenz in der Digitalisierung unserer Verwaltung schaffen. Über den Fortschritt hierbei soll daher stets berichtet werden. Hierzu planen wir, zunächst den IST-Zustand der Digitalisierung der Greifswalder Verwaltung transparent darzulegen.

Anschließend sollen kurz-, mittel- und langfristige Ziele auf Basis der lokalen Prioritäten (z.B. Häufigkeit der Nutzung oder bei akutem Bedarf) und ihrer Wichtigkeit formuliert werden. Über den aktuellen Fortschritt und die bereits aufgewandten sowie verplanten Ressourcen soll regelmäßig berichtet werden.

Integration von Bürger*innen

Das digitale Ehrenamt soll als zusätzliche Säule den Aufbau digitaler Kompetenzen bei Bürger*innen unterstützen. Hierunter verstehen wir Menschen, die als Digitallehrkräfte agieren und kostenlose Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten. Sie sollen von der Stadt Greifswald durch Aufwandsentschädigungen unterstützt werden.

Digitalisierung der Bildung

Wir fordern, dass Schulen fortwährend eine angemessene digitale Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird, um Schüler*innen, Studierende und Erwachsene in Bezug auf die Digitalisierung aus- und weiterzubilden sowie digitale Bildung in allen Themenbereichen bestmöglich zu unterstützen. Dazu gehören eine schnelle und stabile Internetanbindung, WLAN-Hotspots und moderne Medientechnik. Wir sehen eine Grundausstattung mit geeigneten digitalen Endgeräten für Schulen als notwendig an. Es werden zwei Modelle vorgeschlagen: Leihvergabe von Endgeräten oder das „Bring-Your-Own-Device“-Konzept („Bring-dein-eigenes-Gerät-mit“-Konzept). Die Digitalisierung kann auch die Organisation und Verwaltung des Schulbetriebs erleichtern. Fachkräfte für die Wartung und Pflege der digitalen Infrastruktur sind notwendig, um zusätzlichen Aufwand zu bewältigen.

Digitaler Zugang zu Bildungsmaterialien

Wir betonen, dass die Digitalisierung Bildungsangebote ergänzen und nicht ersetzen soll. Zwei konkrete Maßnahmen sehen wir hierfür als wesentlich an:

- Kommunale Zusammenarbeit sollte gefördert werden, um Materialien zur Weiterbildung bezüglich digitaler Themenfelder zu erarbeiten und der Bevölkerung bereitzustellen

Greifswald muss zur Innovationshochburg werden

Wir sehen in der verstärkten Vernetzung von Bildungseinrichtungen große Chancen, um innovationstreibende, standortübergreifende Netzwerke zu schaffen. Hierzu möchten wir stabile, sichere und standardisierte Kommunikationswege zwischen den Bildungseinrichtungen fördern und ausbauen.

Digitalisierung des Greifswalder Stadtrates

Für eine erfolgreiche Ratsarbeit ist es notwendig, dass Informationen zu aktuellen Verwaltungsanliegen für alle Interessensgruppen leicht zugänglich sind. Um dies zu ermöglichen, möchten wir verständliche digitale Ratsinformationssysteme einführen. Je nach Bedarf der Stadt ermöglicht die Etablierung bzw. Erweiterung der Ratsinformationssysteme zudem eine effektive, attraktive und transparente Ratsarbeit. Hierdurch werden Hemmschwellen zur politischen Teilhabe abgebaut.

Informationssicherheit

Mit fortschreitender Digitalisierung steigt die Komplexität der IT. Dadurch entstehen immer mehr Sicherheitsrisiken. Angriffe und Systemausfälle führen jährlich zu finanziellen Schäden, Einschränkungen bei Dienstleistungen und dem Missbrauch der Daten von Bürger*innen in betroffenen Kommunen. Eine mögliche Ursache für Angriffe sind fehlende IT-Kenntnisse zum sicheren Betrieb von Informationstechnologie und auch fehlende Werkzeuge und Prozesse zur Prävention von Cyberrisiken auf kommunaler Ebene.

- Wir möchten, dass Verwaltungsmitarbeiter*innen permanent und proaktiv für die sichere Anwendung von IT-Systemen und zum richtigen Verhalten bei Vorfällen geschult werden.
- In der Greifswalder Verwaltung genutzte IT-Systeme sollen nur verwendet werden dürfen, solange durch die Anbietenden beziehungsweise Hersteller regelmäßige Sicherheitsaktualisierungen bereitgestellt und umgehend eingespielt werden.
- Es müssen regelmäßige Sicherheitsüberprüfungen stattfinden, um Schwachstellen zu finden und zu beheben.
- Die Zusammenarbeit Greifswalds mit Verbänden und Vereinen im Bereich der IT-Sicherheit soll gestärkt werden.
- Darüber hinaus kann ein Kompetenzpool zur Unterstützung von Greifswalder Informationssicherheit helfen; wir wollen uns bei der Landesregierung dafür stark machen.
- Wir wollen uns bei der Landesregierung dafür stark machen, einen Kompetenzpool zur Unterstützung von Greifswalder und kommunaler Informationssicherheit in MV zu kreieren
- Die Umsetzung sollte stets das Ziel verfolgen angemessene Sicherheitsstandards, beispielsweise im Rahmen einer Zertifizierung der Stadt nach dem Informations Sicherheitsstandard ISO/IEC 27001 zu erreichen

Netzausbau

Um in der heutigen Zeit nicht nur Bürger*innen digitale Dienste anzubieten, sondern auch wirtschaftlich wettbewerbsfähig zu bleiben, benötigen wir eine hochwertige und schnelle Netzinfrastruktur an allen relevanten Standorten. Im OECD-Vergleich vom Juli 2022 liegt Deutschland auf den hinteren Plätzen hinsichtlich des Glasfaserausbau – und auch die durchschnittliche Internetgeschwindigkeit sowie die Stabilität ist in Deutschland eher gering. Für uns ist ein wesentliches Ziel, auf kommunaler Ebene eine hochwertige Netzinfrastruktur aufzubauen, die alle Bürger*innen an das Internet anbindet. Ergänzend zu einem notwendigen Bürokratieabbau zur Genehmigung von Netzinfrastrukturen in unter- und oberirdischer Verlegung verpflichten wir uns dem folgenden Zielkatalog:

Breitbandausbau

- Wir möchten den Ausbau von stabilen, symmetrischen Glasfasernetzen konsequent fördern, bei denen Upload-Geschwindigkeiten an die Download-Geschwindigkeiten angeglichen werden.

- Eine Mindestgeschwindigkeit des Netzes von 200 Mbit/s 200.000 KBit/s im Download halten wir für notwendig: Unabhängig von der bereitgestellten Technologie sollte allen Bürger*innen diese Geschwindigkeit zur Verfügung stehen.
- Im Zuge des Breitbandausbaus ist sicherzustellen, dass nicht nur die Gebäude, sondern auch die Wohn- bzw. Geschäftseinheiten die Anschlüsse nutzen können. Aktuell findet eine Ausbauoffensive der Weißen und Grauen Flecken statt – doch viele der Anschlüsse liegen mangels Inhouse-Lösung ungenutzt im Haus.

Ausbau von Mobilfunknetzen

- Wo technologisch sinnvoll und wirtschaftlich machbar, möchten wir freie öffentliche Flächen zum Aufbau notwendiger Sendeanlagen ausweisen. Wichtig ist, dass diese Sendeanlagen für 5G-Netze an ein leistungsstarkes Glasfasernetz angebunden werden können.
- Ergänzend zu den 5G-Netzen der Netzbetreiber möchten wir Investitionsanreize für lokal begrenzte 5G-Netze, sogenannte Campusnetze – beispielsweise auf Firmengeländen – schaffen.

Öffentliches WLAN und LoRaWAN⁵

Mobilfunknetze bieten oft eine höhere Sicherheit und Datenschutzstandards im Vergleich zu öffentlichen WiFi-Hotspots. Die Verschlüsselungstechnologien in Mobilfunknetzen sind in der Regel robuster, was dazu beiträgt, sensible Daten vor potenziellen Angriffen zu schützen. Die Verwendung von sicheren Mobilfunkverbindungen kann somit dazu beitragen, Datenschutzbedenken zu minimieren und die Integrität der übertragenen Informationen zu gewährleisten. Dies ist besonders wichtig, wenn es um vertrauliche Transaktionen, geschäftliche Kommunikation oder den Austausch persönlicher Informationen geht.

Dennoch fallen immer noch hohe Kosten für Mobilfunkverträge an, welche die gesellschaftliche Teilhabe sowie die soziale Chancengleichheit mindern. Darüber hinaus ist die Bereitstellung eines schnellen Zugangs zu Informationen über Mobilfunknetze gerade in Gebäudekomplexen ein bislang nur bedingt lösbares Problem, welches durch LAN und WLAN gelöst werden kann.

Wir möchten daher einen ausgewogenen Ansatz verfolgen, der sowohl Mobilfunknetze als auch WiFi-Hotspots umfasst. Dies kann dazu beitragen, eine optimale Balance zwischen Konnektivität und Datenschutz zu erreichen.

- **Hybride Infrastruktur:** Wir schlagen vor, eine hybride Infrastruktur zu schaffen, die sowohl auf den Ausbau von Mobilfunknetzen als auch auf die Errichtung sicherer, kostenloser WiFi-Hotspots an Greifswalder Begegnungsorten abzielt. Dies ermöglicht eine umfassende Abdeckung, insbesondere in städtischen und ländlichen Gebieten.
- **Synergien nutzen:** Statt sich ausschließlich auf eine Technologie zu konzentrieren, sollten Synergien zwischen Broadcast-Netzwerken und öffentlichen WLANs genutzt werden, um eine optimale Netzwerkleistung und -zugänglichkeit zu erreichen.

⁵ [Was ist LoRaWAN?](#)

- **Bürger*innenbeteiligung:** Bei der Platzierung der Hotspots sollte die Beteiligung der Bürger*innen intensiviert werden, um eine bedarfsgerechte Infrastruktur zu schaffen. Eine sorgfältige Befragung der Bevölkerung kann dazu beitragen, die geeigneten Standorte zu identifizieren.
- **Fördermittel nutzen:** Wir unterstützen die Idee, Fördermöglichkeiten wie das WiFi4EU-Programm zu nutzen, um die finanziellen Ressourcen effizient zu nutzen und den Netzausbau zu beschleunigen.

Europa für Greifswald, Greifswald für Europa

Da wir in einer immer stärker vernetzten Welt leben, wird der Austausch über Grenzen hinweg auch auf kommunaler Ebene immer relevanter. In vielen Aspekten ist eine gute Zusammenarbeit in Europa unerlässlich: Sei es bei der Förderung städtischer Projekte, beim kulturellen Austausch oder um unseren Betrieben vor Ort einen möglichst guten Zugang zu qualifizierten Arbeitskräften zu bieten. Aus all diesen Gründen ist es für uns wichtig, die Integration zwischen Greifswalder, anderen europäischen Städten und der EU zu verstärken.

Erleichtertes Ankommen für EU-Bürger*innen

- Mit einem wachsenden Anteil ausländischer Mitbürger*innen wächst die Nachfrage nach mehrsprachigen Informationen über die neue Umgebung. Daher fordern wir die Schaffung eines EU-Welcome-Desks als erste Anlaufstelle für EU-Bürger*innen, der alle Informationen online und in physischer Form bündelt.
- Relevante Informationen werden von den sprachlich und interkulturell gut ausgebildeten Mitarbeiter*innen des EU-Welcome-Desk gesammelt, verdichtet, in verständliche und anschauliche Form (Checklisten, Prozessbeschreibungen) gebracht und den Zuzügler*innen in allen weit verbreiteten Sprachen zur Verfügung gestellt. Das Informationsangebot soll auch auf der Homepage Greifswald zu finden sein. Die Aktualität der Informationen wird regelmäßig von den Angestellten des EU-Welcome-Desk geprüft. Darüber hinaus soll ein physisches Büro mit Sprechstunden und telefonischer Beratung (kurzfristig auf Englisch, mittelfristig auch in anderen Sprachen) angeboten werden.
- Der EU-Welcome-Desk ist als eine reine Informationsplattform in physischer und virtueller Form zu verstehen, die das bestehende Angebot zur Integration von Bürger*innen aus dem EU-Ausland bündelt und intensiviert. Damit unterstützen wir das Recht der EU-Bürger*innen auf Freizügigkeit durch Senkung der Integrationsbarrieren und tragen zur Linderung des Fachkräftemangels bei.
- Als Teil der umfassenden Unterstützung der Integration fordern wir die Etablierung eines ehrenamtlichen Patenschaftsnetzwerks unter dem Schirm des EU-Welcome-Desk. Dadurch wird nicht nur die Ankunft für neue Mitbürger*innen erleichtert und ein gut vernetztes Zusammenleben erleichtert, sondern auch Bürger*innen die Möglichkeit zum interkulturellen Austausch und zur Verbesserung der Sprachkompetenz geboten.

Best Practice: EU-Welcome-Desk Brüssel

Der Welcome-Desk ist in Brüssel seit über 25 Jahren ein Angebot für EU-Bürger*innen und Unternehmen, die neu in Belgien bzw. Brüssel sind, um einen leichteren Einstieg zu schaffen. Das Angebot umfasst die Bereiche Arbeit, Bildung, Versicherung, Wohnen, Transport, Steuern, soziale Sicherheit und Leben, Informationen zu den Behördenverfahren sowie praktisches Wissen für das alltägliche Leben.

EU-Akzeptanz stärken

- Wir sind der festen Überzeugung, dass die EU positive Auswirkungen auf Greifswald und die Greifswalder Bürger*innen hat und wir als Gesellschaft davon profitieren. Deshalb muss Greifswald auch dafür sorgen, dass die Vorzüge der EU sowie die EU selbst sichtbar werden und sie proaktiv bewerben. Dafür halten wir eine aktive Kommunikation über die EU innerhalb Greifswalds für sinnvoll – mit positiven Inhalten wie:
 - Abgerufenen Zuschüssen aus der EU für kommunale Unterstützungen
 - Subventionen
 - Wirtschaftlichen Auswirkungen
 - Wichtigen Institutionen und Organen
 - EU-Parlamentarier*innen aus der Region als Ansprechpersonen
- Wir möchten, dass unsere Kommune sich aktiv in Europa vernetzt und an Angeboten und Programmen von EU-Institutionen teilnimmt (bspw. des Europäischen Ausschusses der Regionen).
- Durch den Fokus der lokalen Verwaltung sowie der lokalen gewählten Mandatstragenden auf europäische Vernetzung und Austausch möchten wir das europäische Gemeinschaftsgefühl stärken, zu einem besseren Verständnis zwischen den vielfältigen Lebensrealitäten innerhalb der EU beitragen und das Zusammenwachsen über nationale Grenzen hinweg fördern.

Aktivierung von Partnerstädten

- Schon heute unterhält Greifswald internationale Städtepartnerschaften mit Lund (Schweden) Newport News (USA, Virginia) Hamar (Norwegen) Osnabrück (Deutschland) Kotka (Finnland) Szczecin (Polen) und Goleniów (Polen)
- Diese Partnerschaften sollen für alle Bürger*innen erlebbarer und sichtbarer gemacht werden. Dazu gehören z. B. die Förderung von kulturellem Austausch, Greifswald Vereine und Organisationen, die Förderung internationaler Austauschprogramme sowie Kooperationen in der Bildung. Auch die Möglichkeiten digitaler Gemeinschaftsprojekte sollten hier verstärkt betrachtet werden.
- Wir möchten des Weiteren den Aufbau einer Städtepartnerschaft mit einer israelischen Stadt anregen. Dies soll sowohl die enge Freundschaft Europas mit dem Heimatstaat des jüdischen Volkes, wie auch der Völkerverständigung in der Region dienen. Ebenfalls soll dies unsere Solidarität mit Israel zum Ausdruck bringen.
- Wir möchten zusätzlich eine Städtepartnerschaft mit einer Stadt in der Ukraine aufbauen, um die Beziehungen zu einem zukünftigen Mitgliedstaat der Europäischen Union sowie der NATO zu verbessern. Dies soll ebenfalls unsere Solidarität mit der Ukraine zum Ausdruck bringen, die sich nach wie vor in einem

verzweifelten Verteidigungskrieg gegen die terroristische russische Föderation befindet. Des Weiteren sollte dies zu einer besseren Vernetzung unserer lokalen ukrainischen Community mit ihrem Heimatland führen.

- Des Weiteren wollen wir eine Städtepartnerschaft zu einer Stadt in der Republik China auf Taiwan aufbauen, um den kulturellen und wirtschaftlichen Austausch zu stärken. Zusätzlich wollen wir damit einen Beitrag zum interkulturellen Dialog in der Region leisten.

Greifswald am Wochenende

Freizeitgestaltung ist ein wichtiger Aspekt des täglichen Lebens und dient sowohl dem Wohlbefinden der einzelnen Person, als auch dem gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Region Greifswald. Unabhängig ob in einem Verein oder individuell, ob als aktive*r Teilnehmer*in, oder passiver Gast, sind Freizeitstätten immer auch Orte der Begegnung. Es ist eine wichtige Aufgabe der Stadt, diese Orte für alle Bürger*innen gleichwertig zu gestalten und zugänglich zu machen.

Raum für Freizeit

Wir unterstützen den Erhalt und die Entwicklung von Kultur- und Freizeitstätten, um die regionalen Möglichkeiten für Kultur, Freizeit und Standortmarketing zu entwickeln.

- Unser Ziel ist der Erhalt und die Schaffung freizeitleich genutzter Räume durch eine bedarfsgerechte Förderung.
- Beim Neubau sowie bei der Sanierung bestehender Kultur- oder Sportstätten setzen wir auf den Einsatz umweltfreundlicher, nachhaltiger Materialien und effizienter Energienutzung. Insbesondere der Einsatz von Photovoltaik und effektive Möglichkeiten der Kraft-Wärme-Kopplung werden dabei berücksichtigt.

Besonderes Augenmerk legen wir auf die Zugänglichkeit dieser Orte. Sie sollen sowohl barrierefrei, digital als auch nachhaltig mit verschiedenen Verkehrsmitteln besucht werden können.

- Die Einrichtungen und Räume werden allen Nutzer*innen gleichermaßen kostengünstig und in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt.
- Die Anreise zu den Freizeitorten soll intelligent gesteuert werden, um allen Menschen den Besuch zu ermöglichen und damit die Kultur-, Sport- und Tourismuswirtschaft zu stärken.

Best Practice: Münster (Sportboxen)

Um den Sport im Freien noch variantenreicher zu gestalten und abseits von ggf. teuren Fitnessstudios das Angebot zu erhöhen, bieten sich Sportboxen an. Dabei handelt es sich um eine fest installierte, wetterfeste Box, in der verschiedene Geräte wie Kurzhanteln, Bälle, Gymnastikbänder und andere Sportgeräte untergebracht werden. Nach einer Registrierung können Nutzer*innen die Box per App öffnen und Geräte entnehmen. Kameras im Innern überwachen die Entnahme und Rückgabe.

Ein wichtiger Baustein beim Erhalt der bestehenden Freizeiteinrichtungen und der Schaffung weiterer Freizeitorte ist die Unterstützung und Wertschätzung der Beschäftigten in diesem Bereich.

Insbesondere Freischaffende, aber auch Ehrenamtliche standen gerade in den vergangenen Jahren vor großen Herausforderungen.

- Wir setzen uns für die Schaffung nachhaltiger und krisensicherer Arbeitsplätze in sämtlichen Freizeitbereichen ein.
- Freischaffende sollen durch städtische Förderprogramme und gezielte Arbeitsangebote (z.B. Schulprojekte) in ihrer Tätigkeit auch langfristig unterstützt werden.

Freizeit für alle

Wir setzen uns dafür ein, dass niemand von Freizeitgestaltungen ausgeschlossen wird. Sport und Kultur müssen für alle bedingungslos und gleichwertig nutzbar sein. Dazu gehört auch, dass frühzeitig begonnen wird, notwendige Fähigkeiten zu erlangen und ein Bewusstsein für kulturelle Bildung zu wecken.

Der Schulsport nimmt hierbei eine wichtige Rolle ein. Wir unterstützen daher die enge Verzahnung zwischen Schulen, Vereinen und anderen Sportanbietern.

Gerade im Schwimmsport ist die Befähigung von Bedeutung. Das Erlangen der Schwimmfähigkeit dient dabei der Sicherheit und schützt vor dem Ertrinken.

- Deshalb setzen wir uns für ein umfangreiches Angebot an Schwimmunterricht ein. In Kooperation mit den Schulen sollen vor allem Kinder früh mit dem Element Wasser in Berührung kommen und das Schwimmen erlernen. Auch regelmäßige Schwimmkurse für erwachsene Nichtschwimmer*innen sollen angeboten werden. Hierfür ist der Raum Greifswald mit seiner Lage an dem Greifswalder Bodden perfekt geeignet, um Kultur, Sport und Natur den Menschen näherzubringen.

Im Bereich Kunst und Kultur möchten wir die Integration kultureller Inhalte auch in Schulen gezielt fördern.

- Wir unterstützen die Einbindung von freischaffenden Künstler*innen in den Unterricht und in außerschulische Projekte. Gleichzeitig entstehen so sichere Arbeitsplätze für Kunstschaffende und eine Entlastung des Lehrpersonals.

Best Practice: Regensburg (Zirkusschule)

Die Zirkusschule Regensburg bietet für Schulen die Möglichkeit, eine Projektwoche zum Thema Zirkus durchzuführen.

Dabei ergeben sich viele positive Effekte für die teilnehmenden Kinder bzw. Schüler*innen. Neben der Verbesserung motorischer Fähigkeiten lernen die Kinder ein besseres Sozialverhalten und Zusammenarbeit in der Gruppe. Durch Applaus und Anerkennung wird das Selbstbewusstsein der Kinder zusätzlich gestärkt.

Für die Lehrer*innen ergeben sich neue Einblicke in das Wesen ihrer Schüler*innen.

Auch außerhalb von Schulen möchten wir das Angebot außerschulischer Kultur- und Sportangebote wie Museen, Musikschulen, Kunstkurse, Theater-AGs, Fußball oder Schwimmkurse als Freizeitangebot der Stadt gezielt ausbauen und fördern.

- Um Bürger*innen eine bessere Teilhabe an bestehenden Angeboten zu ermöglichen und besonders einkommensschwachen Familien Zugang zu schaffen, unterstützen wir die flächen- und einrichtungsübergreifende Schaffung von Jahreskarten oder „Kulturtickets“.
- Wir setzen uns für Freizeitstätten ein, die so gestaltet sind, dass Menschen mit Behinderung gleichermaßen an den Angeboten teilhaben können.

Best Practice: Essen (Kulturticket)

In Essen (und vielen anderen Städten Deutschlands) haben Studierende die Möglichkeit, für einen Preis von 1,-€ an vielen Kulturveranstaltungen des städtischen Theaters und der Philharmonie (TUP) teilzunehmen. Die Initiative stellt eine Kooperation zwischen der TUP und der örtlichen Studierendenvertretung (ASTA) dar.

Best Practice: Lüdinghausen (Inklusive Sportstätte)

2022 eröffnete in Lüdinghausen ein barrierefreier Calisthenics Park. Dieser setzt sich von anderen Anlagen dadurch ab, dass er komplett barrierefrei ist. Die einzelnen Stationen sind durch Rollstuhlfahrende und Menschen mit Sehbehinderung nutzbar. Durch die Abstände und Größe der einzelnen Elemente kann sich ein Rollstuhl frei bewegen. Er tastbare Markierungen helfen z. B. bei eingeschränktem Sehvermögen, Start und Ende einer Übungsstation zu erkennen.

Wir unterstützen öffentliche und wirtschaftliche Organisationen und Vereine dabei, für weibliche Personen (mit und ohne Migrationshintergrund) und weitere unterrepräsentierte Personengruppen wie BIPOC oder LSBTIQ+ einen sicheren Raum zu schaffen und zu erhalten.

Wir unterstützen

- die Bereitstellung und Finanzierung notwendiger Räumlichkeiten und Sportanlagen.
- die Förderung von Personalentwicklung in diesem Bereich.

Wir ermutigen und fördern Organisationen dabei, sich mit dem Thema Integration und Inklusion auseinanderzusetzen und entsprechende Angebote auszubauen oder zu schaffen.

Wir setzen uns für die Schaffung und den Erhalt diverser organisationsungebundener Sport- und Kulturangebote ein. Diese Angebote sollen geschlechtergerecht und barrierefrei nutzbar sein und intelligent vernetzt werden.

Best Practice: Münster (Sicherer Raum für Frauen*)

Der Verein Move & Meet bietet Sportangebote für Mädchen und Frauen* (mit und ohne Migrationshintergrund) an. Hierzu bietet oder vermittelt er Kinderbetreuung während der Sportausübung. Zudem berät und informiert der Verein über Sport für Frauen* in Münster. Für Institutionen und Gruppen bietet er Workshops an, z. B. zum Thema interkulturelles

Lernen sowie Kommunikation und Sprachförderung im Sport. Der Verein arbeitet eng mit dem Stadtsportbund und anderen Vereinen zusammen.

Innere Sicherheit

Volt setzt sich für ein lebenswertes Greifswald ein. Dafür braucht es neben guter Bildung und Entwicklungs- und Wachstumschancen für alle Bürger*innen auch Sicherheit. Sicherheit für die Allgemeinheit; Sicherheit für die*den Einzelnen vor Übergriffen aufgrund der Nationalität, Geschlecht, ethnischen oder kulturellen Hintergrund, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Orientierung/Identität oder eines sonstigen Hintergrundes. Dies will Volt insbesondere durch die nun folgenden Vorschläge erreichen.

Schutz jüdischen Lebens

- Wir setzen uns dafür ein, dass die Kommune und ihre Institutionen konsequent gegen jeden Antisemitismus vorgehen. Dafür soll die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance⁶ als Grundlage von der Kommune angenommen werden.
- Wir fordern, dass jüdische Einrichtungen bestmöglich geschützt werden. Hierbei sollten sie fortlaufend und konsequent finanzielle Unterstützung für Sicherheitsmaßnahmen bekommen. Ebenso sollen Sicherheitskonzepte mit den lokalen Sicherheitsorganen erarbeitet und regelmäßig aktualisiert und geprüft werden.

Um allen Bürger*innen Greifswalds ein sicheres Leben zu gewährleisten, müssen wir dafür sorgen, dass sie sich auch sicher fühlen, dazu setzt Volt sich für die Beseitigung von Angsträumen ein.

- Durch das Ersetzen und das Neubauen von besserer Straßenbeleuchtung.
- die vermehrte Prüfung zukünftiger Stadtplanungsprojekte, um die Bildung von Angsträumen zu verhindern.
- Durch die gezielte bauliche Beseitigung von Angsträumen.
- Wir setzen uns für die Etablierung einer angenehmen Nachtbeleuchtung für unzureichend beleuchtete, hoch frequentierte Fußwege ein, um nächtliche Heimwege (insbesondere für Frauen*) angenehmer und sicherer zu gestalten.
- Eine umfassende Videoüberwachung lehnen wir ab. Zur Entschärfung von Kriminalitäts-Hotspots soll, in enger Kommunikation mit Anwohner*innen und unter Wahrung des Datenschutzes.

⁶ [IHRA Definition](#)

- Wenn aufgrund mangelnder personeller Ressourcen keine Präsenzmaßnahmen möglich sind, kann Videobeobachtung als ergänzende Maßnahme eingesetzt werden. Automatisierte Gesichtserkennung lehnen wir aber vollkommen ab.

Klima/Nachhaltigkeit/Umweltschutz in Greifswald

Städte nehmen durch die hohe Dichte an Gebäuden besonders viel Energie der Sonne auf, gleichzeitig geben sie wenig Fläche für die Aufnahme von Regenwasser in den Boden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, in der Stadt und vor allem in stark betroffenen Bereichen mehr Grünfläche zu ermöglichen – durch Parks, aber auch mit einzelnen Bäumen und Sträuchern. Das erhöht die Luftqualität, reduziert die Hitze und sorgt für mehr Feuchtigkeit.

Durch Gemeinschaftsgärten haben auch Bürger*innen in dicht besiedelten Gebieten die Möglichkeit, einen eigenen Garten zu führen, während gleichzeitig Biotope die Biodiversität erhöhen. Als Best Practice nehmen wir uns die Heinz- Sielmann- Stiftung als Vorbild, die schon seit über 25 Jahren für die Entstehung und den Erhalt von Biotopen einsetzt.

Wir wollen uns dem bundesweiten Ziel zur Verbesserung der Abfallsituation anschließen. Hierfür wollen wir uns für eine verbesserte Versorgung mit öffentlichen Mülleimern einsetzen, damit weniger Müll auf den Straßen landet und nicht in Gewässer gelangt.

Die Moore Greifswalds sind, wie seine Nähe zum Greifswalder Bodden, ein natürlicher Teil der Landschaft Greifswalds. Aus diesem Grund setzt sich Volt für die Förderung der Renaturierung seiner Moore ein, um das Ökosystem zu erhalten und zu stärken.

Keine*r findet das Leben in einer Betonwüste angenehm, aus diesem Grund fordern wir die Förderung von Fassadenbegrünung. Wir setzen uns für eine naturverbundene Stadt ein. Dies steigert nicht nur das Wohlbefinden der Bevölkerung, sondern hilft auch beim Abkühlen der Stadt im Sommer.

Der Verkehr in Greifswald kommt vor allem zu Stoßzeiten an Belastungsgrenzen, deswegen setzen wir uns für klimaschonende Varianten in der Verkehrsinfrastruktur ein.

- Neubewaldung kommunaler Ackerflächen durch Mischwälder.
- Innovative nachhaltige Architektur fördern, Best Practice Projekte voranbringen und Vorreiter werden.

Wasser

Wie die vergangenen Jahre und Sommer gezeigt haben, ist auch das Thema Wassermanagement etwas, womit sich Deutschland beschäftigen muss. Die Probleme lassen sich vor allem durch einen besseren Umgang mit dem vorhandenen Wasser lösen. Regenwasser besitzt keine Trinkwasserqualität, doch es kann problemlos für die Bewässerung von Grünanlagen und zur Toilettenspülung genutzt werden, wofür aktuell wertvolles Trinkwasser verbraucht wird. Dafür müssen in öffentlichen und privaten Gebäuden sowie in Betrieben die nötigen Systeme gebaut werden. Wir schlagen vor, vor allem für das Auffangen von Starkregen Regenwasserrückhaltebecken und entsprechende

Konzepte (z. B. das der Schwammstadt) umzusetzen, um die Wasserversorgung auch in Extremzeiten konstant zu sichern.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Preise für Wasser stabil und bezahlbar bleiben, was durch übergreifende Zusammenarbeit und den Einsatz von digitalen Technologien gewährleistet werden kann, dazu müssen die Aufnahmekapazitäten von Speichern ermittelt werden sowie deren Ausbau, um Greifswald auch in Zukunft gegen Extremen Wettersituationen abzusichern.

Landwirtschaft

Die Landwirtschaft spielt eine entscheidende Rolle im Naturschutz, dem Klimaschutz und natürlich der nachhaltigen Versorgung von Nahrungsmitteln.

Deshalb setzen wir uns für eine Förderung von regionalem Anbau und Vermarktung (z. B. durch eine kommunale Förderung von Markthallen wie in Frankfurt und Kassel, in denen regionale Produkte angeboten werden ein, auch durch bessere Kommunikationsnetzwerke mit den Kommunen, um so die lokale Wirtschaft zu stärken und das Klima zu schützen.

Gleichzeitig wollen wir die Landwirtschaft durch neue Innovationen verbessern, um Wasser effizienter zu nutzen, und uns dafür einsetzen, dass Landwirt*innen vermehrt von konventioneller auf ökologische und biologische Landwirtschaft wechseln. Dabei fördern wir alte und neue Konzepte wie HypoWave+ (Wasserwiederverwertung) und Agri-Photovoltaik (bspw. PV Anlagen über landwirtschaftlich nutzbare Felder) oder Agro-Forstwirtschaft⁷.

Boden- sowie Gewässerschutz soll durch nachhaltige Humuswirtschaft und das Festlegen von Schutzzonen erreicht werden.

Ein Mobiles Greifswald

Eine moderne und nachhaltige Mobilität braucht klare Prioritäten in der Verkehrspolitik und übergreifende Verkehrskonzepte.

Wir wollen mit zielgerichteten Maßnahmen Verkehr

- Verlagern hin zum Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), Rad- und Fußverkehr
- Verringern durch Stadtviertel der kurzen Wege,
- Verbessern, durch den Einsatz Erneuerbarer Energien, und
- Vernetzen und Ausbau der Verkehrsmittel übergreifenden Angebote.

Zur Erreichung dieser Ziele sind Pull-Maßnahmen nötig

Einen wichtigen Punkt sehen wir auch in der Errichtung von Verkehrsberuhigten Bereichen um Fahrradfahrer*innen besser dort zu schützen, wo Fahrradinfrastruktur unzureichend ausgebaut ist. Damit wird der Verkehr sicherer und wir können Emissionen reduzieren.

Gleichzeitig wollen wir intelligente Ampelschaltungen etablieren, die Wartezeiten insbesondere für den ÖPNV, Radfahrende und Fußverkehr senken. Wir wollen, dass sich Fußgänger*innen mindestens genauso direkt durch Greifswald bewegen können wie Autos.

⁷ [Was ist Agroforstwirtschaft?](#)

ÖPNV attraktiver gestalten

- Gerade in ländlichen Regionen braucht es eine stärkere Vernetzung der verschiedenen Verkehrsmittel und intelligente Verknüpfungen, ebenso in den Nachtstunden in Greifswald. In schwach besiedelten Gebieten, wo starre Buslinien wenig sinnvoll sind, wollen wir den ÖPNV flexibel gestalten und verstärkt auf On-Demand-Angebote sowie Rufbusse, autonome Shuttles und moderne Ridesharing-Konzepte setzen.
- Wir setzen uns für eine Optimierung des Deutschlandtickets ein. Wir wollen grenzüberschreitende Verbindungen zu unseren europäischen Nachbarländern ausbauen und besser in das Tarifsystem integrieren. Den Anwendungsbereich des wollen wir entsprechend erweitern.
- Zur Umsetzung moderner Mobilitätskonzepte zählt auch, die Verkehrsmittelwahl zu priorisieren. Hier setzen wir klar auf umweltfreundliche Fortbewegungsmittel. Daher wollen wir den innerstädtischen Bus- und Straßenbahnverkehr gegenüber dem Auto, beispielsweise durch digitale Systeme, beschleunigen und den ÖPNV vom übrigen Verkehr weiter trennen und so attraktiver machen.
- Mit einer stärkeren Beteiligung bei Machbarkeitsstudien wollen wir Potenziale zur Reaktivierung stillgelegter Eisenbahnstrecken, Errichtung neuer Nahverkehrs-Haltestellen auf bestehenden Schienenstrecken und den Ausbau des ÖPNV-Netzes definieren und, sofern sinnvoll, umsetzen. Bürger*innen in Greifswald wollen wir stärker bei der Planung einbeziehen.
- Damit attraktive Angebote realisiert werden können, braucht es neben der passenden Infrastruktur sowie Fahrzeugen auch genügend Personal. Greifswald muss daher konsequent über Karrierechancen im ÖPNV informieren (z.B. in Schulen, Arbeitsagenturen, über Aktionstage etc.). Gleichzeitig setzen wir uns für flexible Arbeitszeitmodelle und eine Aufwertung des Fahrdienstes ein. Wir wollen eine Vier-Tage-Woche, Nebenjobs und weitere Modelle auf Sinnhaftigkeit überprüfen.
- Immer mehr Studien zeigen, dass sich die Effizienz der ÖPNV-Netze durch intelligente Algorithmen und Datenanalysen enorm steigern lässt. Das spart Kosten und verbessert das Angebot. Gemeinsam mit Partner*innen aus der Forschung und Wissenschaft machen wir uns dafür stark, innovative Optimierungen der ÖPNV-Netze in die Praxis umzusetzen.

Vernetzung von Shared Mobility

Wir stellen uns ein Gesamtkonzept vor, das alle Leihoptionen im Mobilitätssektor miteinander verknüpft. So wird es möglich, gute Querverbindungen zwischen anderen Verkehrsmitteln und damit attraktive Angebote zu schaffen.

- Geteilte Mobilitätslösungen erlauben durch eine bessere Auslastung der Fahrzeuge im Vergleich zum privaten PKW eine höhere Flächeneffizienz und schaffen so Raum in Greifswald, der ansonsten für Parkplätze benötigt werden würde. Nicht zuletzt, um das ÖPNV-Angebot sinnvoll zu ergänzen, braucht es mehr attraktive Car- und Ridesharing-Angebote. Diese würden einen wichtigen Beitrag leisten, um Anreize für das Reduzieren der Zahl von privaten PKW schaffen.

- Eine Integration unterschiedlicher Angebote von Car- und Ridesharing in die einheitliche digitale Mobilitätsplattform ist ebenso wichtig. Auch finanzielle Förderungen, bspw. über eine rabattierte ÖPNV-Nutzung für Car- und Ridesharing-Nutzer*innen, sind zu prüfen und entsprechend umzusetzen. Ziel sind ineinander verzahnte Mobilitätslösungen, die miteinander und nicht nebeneinander funktionieren (Mobility-as-a-Service).
- Gerade auf dem Land sind die Menschen auf ein eigenes Auto angewiesen. Oftmals gehen starre ÖPNV-Systeme in den ländlichen Regionen an den individuellen Mobilitätsbedürfnissen der Menschen vorbei. Wir wollen daher umfassend prüfen, wie wir die Mobilität mit flexiblen ÖPNV-Systemen und Sharing-Angeboten (wie Bike-, Ride- und Carsharing) auf dem Land gezielt verbessern können. Unser Ziel ist, anhand einer umfassenden und städteübergreifenden Analyse ein Förderprogramm aufzulegen (siehe Best Practice „Carsharing Renning“).
- Als entscheidend sehen wir auch den Blick über den Tellerrand unserer Kommune hinaus: Wir wollen gut angebundene Park and Ride-Angebote für Pendler*innen in den Randbereichen Greifswalds schaffen, um so den innerstädtischen Autoverkehr zu verringern. Die Kombination von Parkschein und ÖPNV-Fahrkarten stellt eine Möglichkeit dar, Park and Ride attraktiver zu gestalten.
- Wir setzen uns für die Ausweitung des Bikesharing-Angebotes ein. Die Ausweitung von bezahlbaren Leihrädern soll neben dem Stadtgebiet auch umliegende Regionen (einschließlich ländlicher Gebiete) umfassen. Die Ausweitung soll auch Lastenräder umfassen..

Fahrradmobilität ausbauen

Die Freude am Fahrradfahren ist in Greifswald allgegenwärtig, leider spiegelt sich das bislang kaum im Straßenbild wider. Hier möchten wir auf der Fahrradbegeisterung aufbauen und die Verkehrsräume neu verteilen, um sie für alle Verkehrsteilnehmer*innen deutlich zu verbessern. Damit Greifswald eine echte Fahrradstadt werden kann, muss deutlich in die Infrastruktur für das Fahrrad und das Lastenrad investiert werden. Wir wollen umsetzen, dass Radwege verbreitert, P+R-Zentren¹ für Fahrräder errichtet oder erweitert und an Straßen genügend Stellplätze zur Verfügung gestellt werden.

- Wir fordern die Konzeption und den Aufbau eines stadtweiten Radwegenetzes. Ziel ist es, die gesamte Stadt mit den umliegenden Regionen miteinander zu vernetzen, ähnlich wie es auch beim Autoverkehr oder ÖPNV der Fall ist. Das Netz besteht aus verknüpften Radschnellwegen und/oder Fahrradstraßen sowie Radwegen.
- Wir setzen uns für ein vollumfängliches Radnetz ein, das sicher, vernetzt, direkt und komfortabel ist. Hierbei haben wir die Vision Zero (Reduzierung der Verkehrstoten auf null Tote) im Blick. Voraussetzungen dafür sind fehlerverzeihende Anlagen, sichere Kreuzungen mit Vorrangschaltung und eine Trennung sowohl vom Fußverkehr als auch vom Kfz-Verkehr.
- Bisher enden viele Radwege abrupt oder Fahrradstraßen werden zu Gunsten des Autoverkehrs an Kreuzungen unterbrochen. In Zukunft wollen wir das ändern wollen wir das ändern Radschnellwege müssen, wo immer möglich, kreuzungsfrei zum Autoverkehr gestaltet werden um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer zu erhöhen.

- Wir setzen auf ein durchgehendes Netz, das die Ausgangs- und Zielpunkte der Radfahrer*innen möglichst direkt verknüpft (siehe Best Practice „Verkehrswegenetz Houten“). Großzügige Breiten und Kurvenradien (besonders für Lastenräder) werden den Komfort im Radwegenetz verbessern. Angsträume (z. B. durch Engstellen) werden wir in Zukunft abbauen. Wir setzen uns für eine deutliche bauliche Trennung von Auto- und Fußverkehr getrennten Radwegen ein.
- Da sich das Fahrradfahren nicht nur auf schönes Wetter beschränkt, müssen Radwege ordentlich gereinigt und instand gehalten werden (Studie zu mehr Radfahren unabhängig vom Wetter): Zum Beispiel sollen Radwege bei Schnee bevorzugt geräumt werden, da Glätte gefährlicher für Radfahrer*innen ist. Außerdem soll stärker darauf geachtet werden, dass das geräumte Gut der Fahrbahnen nicht die Fahrradwege blockiert, da die Sicherheit von Fahrradfahrer*innen (insb. bei Schnee und Glätte) dadurch aktuell massiv beeinträchtigt wird.

Güter- und Lieferverkehr neu denken

Der Lieferverkehr ist für die Versorgung von Wirtschaft und Bevölkerung in Greifswald von großer Bedeutung. Für die Belieferung der Innenstädte braucht es daher intelligente Konzepte. Aktuell dominieren vor allem große LKW die Straßen. Das bringt Nachteile, etwa die hohe Beanspruchung des Verkehrsraums, die Gefährdung von Radfahrer*innen und Fußgänger*innen, Umwelt- und Lärmbelästigung sowie die Schädigung der Infrastruktur.

Daher setzen wir in diesem Bereich auf eine nachhaltige, sichere, ressourcenschonende und umweltverträgliche Alternative:

- Um die Fahrten mit Lastfahrzeugen möglichst effizient zu gestalten, werden sogenannte Mikro-Depot-Konzepte benötigt. An diesen können Waren von größeren Fahrzeugen auf Lastenräder oder Handkarren umgeladen werden. Wir setzen uns für ein Mikro-Depot-Netzwerk mit Lademöglichkeiten für Lastenräder und andere Transportmöglichkeiten ein. Geeignete Standorte sollen in Absprache mit allen Beteiligten gefunden werden. Beim Aufbau wollen wir eng mit den Gewerbetreibenden und Nachbarkommunen in Kontakt treten. Darüber hinaus wollen wir Lieferfahrten durch digitale Kooperationsplattformen für Unternehmen bündeln und damit Leerfahrten generell vermeiden.
- Auch Pilotprojekte zur Einbettung und Förderung von ÖPNV-Fahrzeugen in innovative Logistikkonzepte unterstützen. Weiterhin unterstützen wir zudem die direkte Anbindung von Unternehmen an die Schiene.

Nachhaltige und sichere Energieversorgung und Infrastruktur

Die Energieversorgung ist die Lebensader der modernen Gesellschaft. Ohne sie sind die meisten Bereiche unseres täglichen Lebens nicht denkbar. Leider werden Versorgungsausfälle, Unterbrechungen oder sogar Blackouts in Zeiten von Energiekrise, globalpolitischer Spannungen und hoher Fluktuation der Einspeisung Erneuerbarer Energien immer wahrscheinlicher. Aus diesem Grund wünschen wir uns eine Stadt, die sich aktiv um eine zuverlässige und sichere Energieversorgung für alle Bürger*innen kümmert.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadt die notwendigen Ressourcen bereitstellt, um Unterbrechungen und Ausfälle zu minimieren und die Bürger*innen aktiv in Entscheidungen einbezieht. Unser Ziel ist es, dass jede*r Bürger*in unserer Stadt Zugang zu stabiler, zuverlässiger und sicherer Energie hat.

Regenerative und autarke Energieversorgung

Energetische Autarkie bedeutet, dass die Stadt Greifswald in die Lage versetzt werden soll, ihren Energiebedarf durch die Nutzung erneuerbarer Energien selbst zu decken. Dies ist sowohl aus ökologischen als auch aus ökonomischen Gründen von großer Bedeutung. Durch die Erhöhung der energetischen Autarkie können wir die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen reduzieren und gleichzeitig die Wirtschaft Greifswald stärken.

Um dieses Ziel zu erreichen, schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- Deutliche Erhöhung der Förderung von energetischen Kerntechnologien, einschließlich:
 - Erneuerbaren Energien,
 - Energiespeichersystemen,
 - Elektromobilität und Ladestation,
 - Wärmepumpen
- Förderung von energetischer Modernisierung mit Photovoltaik und Wärmepumpen sowie des Einsatzes von Abwärme und umfassender, klimaneutraler Heizungstauschprogramme; dafür nutzen wir ebenfalls Chancen der Digitalisierung und der Industrie 4.0 in der Bauwirtschaft. Wir halten in einem städtischen Wärmeplan Fernwärmeleitungen fest, um beispielsweise industrielle Abwärme für Haushalte nutzen zu können.
- Schaffung von Smart-Grid-Systemen, um die Nutzung Erneuerbarer Energien zu optimieren und die Versorgungssicherheit zu erhöhen
- Einführung von Microgrids, um die Energieversorgung in Gewerbe- und Industriegebieten zu gewährleisten und die Abhängigkeit von zentralen Stromnetzen zu reduzieren
- Errichtung von Blockheizkraftwerken bei gleichzeitiger Stärkung der Wärmenetze, um Abwärme aus industriellen Prozessen zu nutzen und so den Energiebedarf Greifswalds (wenn möglich) zu decken
- Errichtung von Bürger*innen-Energiegenossenschaften, um Bürger*innen und Bürger*innen die Möglichkeit zu geben, sich aktiv an der Produktion erneuerbarer Energien zu beteiligen und von den Einsparungen zu profitieren.

Sicheres und funktionsfähiges Stromnetz

Stromnetze sind ein kostspieliges und sehr wertvolles Gut. Dabei ist ein sicheres und funktionsfähiges Stromnetz die Grundlage für eine zuverlässige und unterbrechungsfreie Energieversorgung. Durch das Einsetzen eines digitalen Informations- und Austauschsystems können wir sicherstellen, dass das Stromnetz sicher und effizient betrieben wird, um die Energieversorgung Greifswalds zu gewährleisten. Hierfür sind folgende Schritte notwendig:

- Verpflichtung des Netzbetreibers zur Einführung der digitalen Plattform, um die Verwaltung, Wartung und Inspektion des Stromnetzes zu optimieren, die Anlagenverfügbarkeit zu erhöhen und die Kosten zu reduzieren
- Förderung der Erneuerung und Modernisierung von bestehenden Stromnetzen, um die Energieeffizienz zu erhöhen und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten
- Förderung von Energiespeichersystemen, um die Nutzung Erneuerbarer Energien zu optimieren und die Versorgungssicherheit zu erhöhen
- Durchführung von Potenzialstudien für die Nutzung von netzdienlichen Flexibilitäten in der Stadt
- kostenloses Angebot von Schulungsmaßnahmen, in denen Bürger*innen und Gewerbe über Energiesparmaßnahmen und Flexibilitätsnutzung informiert werden

Kleinteiliges Ladenetz für eMobility

Wir setzen uns dafür ein, dass die Ladeinfrastruktur ausgebaut wird. Hierzu zählt neben Schnellladeparks an Schnellstraßen und Verkehrsknotenpunkte die Langsamlademöglichkeit für Laternenparkende an z.B. Laternen oder Bordsteinen, damit E-Mobilität für jede Person zur Verfügung gestellt wird.

Darüber hinaus sollte der Bebauungsplan unserer Stadt so abgeändert werden, dass bei einem Neubau oder einer baulichen Veränderung vor jeder Gewerbeeinrichtung mindestens eine Lademöglichkeit eingerichtet werden muss, die auch mit EC/Debitkarten/Handy für die Öffentlichkeit zur Verfügung steht.

Zudem prüft die Stadt verstärkt Kooperationen, mithilfe derer bidirektionales Laden und Energie aus EE-Anlagen gezielt für die Ladeinfrastruktur genutzt werden kann. Auch neue Bezahlkonzepte wie von Chargeheare, die direkt über eine hinterlegte Fahrzeug-ID mit dem Konto verbunden ist, sollen nochmals die Schwelle zum Anschluss reduzieren.

Einrichtung von Energieclouds

Eine Stromcloud oder -community speichert den Strom aus privaten Photovoltaikanlagen, damit man nicht zusätzlich Strom aus dem Netz kaufen muss, wenn die Anlage gerade nicht genug produziert. Anders als IT-Clouds, die im Internet zu finden sind, sind diese Stromclouds aktuell Stromlieferverträge, die eine Direktvermarktung aus einer EE-Anlage an die Kund*innen ermöglichen.

Unser soziales Greifswald

Ein zentraler Grundsatz der Europäischen Union ist die Garantie und Ausübung gleicher Chancen und Rechte für alle Menschen. Deutschland als sozialer und demokratischer Bundesstaat (Artikel 20 GG) strebt Chancengleichheit als Teil sozialer Gerechtigkeit an. Jedoch ist die Umsetzung in der Praxis nicht zufriedenstellend.

Wir streben das Ende von Diskriminierung und Benachteiligung von Einzelnen, Gruppen und Minderheiten an, denn Armut, soziale Benachteiligung und sozialer Abstieg betreffen alle Schichten und Personenkreise. So können z. B. eine hohe Inflation, (temporäre)

Arbeitslosigkeit oder Krankheit zu sozialer Benachteiligung führen, sodass Betroffene auf die Unterstützung der Gesellschaft angewiesen sind. Bürger*innen, Kommunen, Länder und EU-Länder sind Teil des sozialen Miteinanders und tragen gemeinsam die Verantwortung für das (gesamteuropäische) soziale Gelingen. Auf Basis dessen bedarf es politischer Grundlagen, um Ungleichheiten und Diskriminierung abzubauen. Die kommunale Ebene bietet dafür viele Ansatzpunkte und großes Potenzial.

„Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist eines der vorrangigen Ziele des Bundessozialministeriums und eine beständige gesellschaftliche Aufgabe.“⁸

Wir sehen die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung als eine wichtige Aufgabe aller Bürger*innen, Kommunen, Länder und Deutschlands als sozialer Staat an. Die Gestaltung eines menschlichen Miteinanders und das Leben von Hilfsbereitschaft sind Ziel unserer vielfältigen Gemeinschaft. Um dieses Ideal zu erreichen, schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- Langfristige Strategien, um Armut strukturell und nachhaltig zu bekämpfen
- Schwerpunkt Bekämpfung der Kinderarmut durch Umsetzung des Konzepts der Präventionskette, niedrighschwellige Angebote (z. B. interkulturelle Spielgruppen, zusätzliche sprachliche Förderung in Kitas) und Fokus auf den Übergang von Jugend ins Erwachsenenalter
- Schwerpunkt sorgfältiges Quartiersmanagement in besonders von Armut betroffenen Stadtvierteln durch vermehrten sozialen Wohnungsbau, Durchmischung um Abgrenzung von Stadtvierteln vorzubeugen

Familien und Sorgeberechtigte sehen sich durch Betreuungsempässe und mangelnde Betreuungsplätze in Kindertagesstätten, Ganztagesbetreuungs- und Schulplätzen stark in ihrem Berufsleben eingeschränkt und benachteiligt.

Wir setzen uns daher für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein.

- Wir wollen die Gleichstellung von Frauen* und Männern am Arbeitsplatz und bei der Kinderbetreuung erreichen. Volt setzt sich daher weiterhin für mehr Diversität auf allen Ebenen und familienfreundlichere Arbeitsstrukturen ein.
- Sowohl für Frauen* als auch für Männer muss eine Karriere auch mit einer Teilzeitstelle möglich sein. Hierbei sind wir davon überzeugt, dass staatliche Stellen bei Einstellung und Beförderung eine Vorbildfunktion einnehmen können.
- Wir möchten eine einfachere Suche nach geeigneten Betreuungsangeboten ermöglichen. In Internetportalen kann der Prozess von der Suche nach Verfügbarkeiten und zusätzlichen Informationen bis hin zur Bewerbung nahtlos abgedeckt werden.
- Es sollen mehr kommunale Mittel zur Verfügung gestellt werden, um sozial schwachen Kindern und Jugendlichen Aktionen und Ferienfreizeiten sowie Veranstaltungen zu ermöglichen, wie z. B. außerschulische kulturelle, Bildungs- und

⁸ [Zitat](#)

Freizeitangebote (Jugendzentren, Jugendverbände, Pfadfinder, Musik- und Sportangebote).

- Wir fordern, dass mehr öffentliche Angebote für Kinder und Jugendliche entweder kostenlos oder reduziert angeboten werden. Das beinhaltet Sportangebote (auch Schwimmbäder), Musikschulen, Theater, Bibliotheken, Museen, Konzerte, Kinderopern und ähnliche Angebote.
- Um am öffentlichen Leben uneingeschränkt teilnehmen zu können, sollen Kinder und alle, die in Schul-, Berufsausbildung sind, den öffentlichen Nahverkehr kostenlos nutzen können.
-
- Um Kindern und Jugendlichen in Notsituationen individuell und bedürfnisorientiert helfen zu können, muss das Personal in den Jugendämtern, dem Allgemeinen Sozialen Dienst und dem Kinderschutzbund aufgestockt werden.

Um die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen im öffentlichen Diskurs zu fördern, fordern wir:

- Eine Aufwertung der „Juleica“ (Jugendleiter*innen Card) durch attraktive Vergünstigungen in städtischen Einrichtungen über die Schwimmbäder hinaus
- Die Einführung einer regelmäßigen Meinungsumfrage unter Kindern und Jugendlichen, damit auch die jungen Menschen selbst zu Wort kommen und ihre Meinung politisch relevant abbilden können. Diese sollen im Stadtrat diskutiert werden.
- Förderung von Projekten, in denen benachteiligten Schüler*innen Lernpat*innen vermittelt werden, um Bildungsbenachteiligung auszugleichen. Dabei bekommen Schüler*innen freiwillige Personen (zum Beispiel Studierende oder Rentner*innen) zur Seite gestellt, die sie individuell beim Lernen unterstützen.

Der demografische Wandel erzeugt nicht nur ein Vakuum auf dem Arbeitsmarkt durch das Fehlen von jungen Nachfolger*innen, sondern führt auch dazu, dass ältere Menschen länger im Berufsleben verbleiben (müssen), um Wissen und Erfahrungen zu erhalten und Alterseinsamkeit entgegenzuwirken. Daraus ergeben sich viele Chancen und Möglichkeiten, aber auch Herausforderungen.

- Wir möchten sichergehen, dass Versorgungsleistungen für ältere Menschen auch in ländlichen oder abgelegenen Regionen vorhanden sind, u.a. durch einen barrierefreien ÖPNV.
- Wir möchten die Interaktion und wechselseitige Unterstützung von Jung und Alt verstärken. Dazu müssen unter anderem mehr Begegnungsorte zwischen den Generationen geschaffen werden, beispielsweise Mehrgenerationenhäuser.
- Mentorenprogramme (Lernpat*innen), die ältere mit jungen Menschen zusammenbringen, sollen gefördert werden, da sie für beide Seiten vorteilhaft sind.
- Wir unterstützen den Aufbau von Zentren und Programmen für ältere Menschen zur Unterstützung bei diversen Aktivitäten – vom Reisen bis zur Internetnutzung.
- Wir möchten Bildungsmöglichkeiten für ältere Menschen im Allgemeinen weiter ausbauen und fördern, u. a. Seniorenstudiengänge, Seniorenakademie oder

Volkshochschulkurse. Wir möchten dazu motivieren, Lernen und Bildung als lebenslangen Prozess zu begreifen und auch an dieser Stelle mit eher negativ geprägten Altersbildern brechen.

- Der Ausbau von Internet-/WLAN-Zugängen in Alten- und Pflegeheimen soll gefördert werden, denn Menschen aller Altersgruppen sollen jederzeit Zugang zu Möglichkeiten der Weiterbildung haben.

Um sozialen Benachteiligten zu begegnen, spielt auch die Integration und Inklusion von Randgruppen– wie z. B. Geflüchtete, Obdachlose, Suchterkrankte und Menschen mit Beeinträchtigungen oder chronischen Krankheiten – in das allgemeine gesellschaftliche Leben eine große Rolle.

- Wir setzen uns ein, für mehr Präventions- und niederschwellige Hilfsangebote in den Bereichen Spielsucht, Internetsucht und Schuldenabbau, die in leichter Sprache und nach Möglichkeit mehrsprachig angeboten werden.
- Wir fordern einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Partnerschaftsgewalt; dieser beinhaltet Präventionsarbeit, die auf Aufklärung und Verhinderung basiert, regelmäßige Datenerhebung und die Evaluierung von bestehenden Hilfsmaßnahmen. Hinzu kommen die Sensibilisierung von Behörden, Richterschaft und Polizei, z. B. durch Fortbildungen und Etablierung eines effizienten Meldesystems einschließlich effektiver Sanktionierung bzw. Bestrafung bei Fällen von Partnerschaftsgewalt.
- Wir setzen uns für eine Erweiterung der Plätze in den Frauen*-, Männer- und Familienhäusern ein. Wir möchten außerdem die Sensibilisierung der Bürger*innen zu diesem Thema durch die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit über lokale Partnerschaftsgewalt erhöhen.
- Wir unterstützen auch andere Möglichkeiten wie Schutzwohnungen und die Einrichtung von Hilfetelefonen, die Gewaltbetroffenen unabhängig ihres Geschlechts zugänglich sein sollten.
- Wir wollen in Zusammenarbeit mit der Wohnraumsicherung Greifswalds wie mit den jeweiligen Einrichtungen prüfen, welche Maßnahmen eingeleitet und/oder gefördert werden müssen. Diese Maßnahmen müssen dann unbürokratisch, niederschwellig, schnell, kostenlos, individuell und ortsnah angeboten werden.
- Die Situation Geflüchteter soll dabei besonders beachtet werden, denn viele dieser Menschen leiden unter Diskriminierung, Sprachbarrieren, rechtlichen Hürden und/oder Konflikten bei Zuständigkeiten. Das kann die Wahrscheinlichkeit eventueller Obdachlosigkeit erhöhen.
- Zur Bekämpfung von Obdachlosigkeit wollen wir das Modell „Housing First“ als Teil eines nationalen Programms unterstützen. Geeignete Wohnräume für „Housing First“ könnten Wohnungen und umgebaute Notunterkünfte, neugebaute Sozialwohnungen oder auch staatlich angemietete Wohnungen in Mehrparteienhäusern sein. Dabei ist es wichtig, dass diese Wohnungen nicht komplett ausgelagert in einem Randgebiet liegen, sondern in Greifswald verteilt sind. Nur so kann eine erfolgreiche Wiedereingliederung stattfinden, ohne weitere soziale Brennpunkte zu schaffen.

- „Housing First“ soll in die Regelfinanzierung aufgenommen werden, kommunale und private Wohnungsunternehmen sollen sich bei der Bereitstellung von geeigneten Wohnungen beteiligen.
- Unterschiedliche Gesellschaftsgruppen sollen bei der Wohnungsvergabe berücksichtigt werden, zum Beispiel Familien oder Menschen mit Behinderung; aber auch Umstände wie Alter oder Geschlecht sollen bei der Auswahl beachtet werden.
- Des Weiteren sollen ausreichend Sozialarbeiter*innen, Ansprechpersonen und Mitbewohner*innen zur Verfügung stehen, um die betroffenen Menschen hinreichend zu begleiten.
- Der Kontakt zwischen den Obdachlosen und den Behörden soll durch Streetworker*innen als direkte Angestellte der Stadt übernommen werden.
- Ein erster Schritt zur Resozialisierung kann z. B. über die Grundhygiene in Form von Duschkarten für Schwimmbäder zu bestimmten Zeiten erfolgen.
- Wir setzen uns für Tagesstätten ein, in denen es Möglichkeiten zur sozial(-psychiatrischen) Betreuung durch geschulte Sozialarbeiter*innen und (Kranken-)Pflegepersonal gibt.
- Das Angebot von Tagesstätten soll durch das entsprechende Angebot von Notübernachtungsstellen (z. B. von 19:00 Uhr bis 8:00 Uhr) ergänzt werden.
- Im Umgang mit Suchterkrankungen setzen wir uns für einen sicheren und überwachten Konsum von Betroffenen sowie für Angebote zur Prävention und Bekämpfung ein.
- Wir möchten die Erhebung von Daten zu Drogenproblematiken und deren Auswertung durch Expert*innen voranbringen. Diese sind von Bedeutung, um die Behandlung und Heilung von Suchterkrankungen wirtschaftlich attraktiv zu machen und nachhaltige Therapiekonzepte zu unterstützen.

Migration

Migration stellt eine Normalität in der deutschen und europäischen Gesellschaft dar und wird auch in Zukunft unsere Gesellschaft beeinflussen. Wir stehen dazu, dass unsere Stadt durch Einwanderung geprägt ist und betrachten Vielfalt und gegenseitigen Respekt als integralen Bestandteil unseres Miteinanders. Wir wollen mit vorausschauenden und inklusiven Konzepten proaktive Integrations- und Migrationspolitik gestalten. Egal, wer aus welchen Gründen zu uns kommt, für alle Menschen kann es schwer sein, in einer unbekanntem Umgebung anzukommen und sich einzuleben. Wir wollen sicherstellen, dass Diskriminierung von Einwander*innen und ihren Nachkommen abgebaut und ihre Teilhabemöglichkeiten in der Gesellschaft deutlich verbessert werden. Integrationspolitik ist daher eine Aufgabe, der wir uns als Stadtgesellschaft gemeinsam stellen müssen. Wir alle tragen Sorge dafür, ein gutes Miteinander in unserer Stadt zu leben.

- Greifswald heißt Geflüchtete willkommen und soll daher Teil des Projekts „Sicherer Hafen“ werden.
- Die Ausländerbehörde soll zu einer Willkommensbehörde umgebaut werden, die sich um alle Belange rund um Migration und Integration kümmert. Dazu soll ein entsprechendes inklusives Leitbild für die Migrations- und Integrationspolitik

unserer Stadt entwickelt werden. Die neue Willkommensbehörde soll auf zwei Pfeilern stehen: Einerseits ein Welcome Desk für EU-Bürger*innen und andererseits ein Welcome Desk für alle Drittstaatsangehörige.

- Greifswald soll alle rechtlich verfügbaren Möglichkeiten ausschöpfen, um Menschen, die schon mehrere Jahre mit unsicherem Aufenthaltsstatus hier sind, aber eine Arbeit vorweisen können, vor der Abschiebung zu schützen.
- Für Behördengänge sollen immer Dolmetscher*innen bzw. Sprach- und Kulturmittler*innen zur Verfügung gestellt werden.
- Wir möchten, dass ankommende Geflüchtete nur kurzfristig in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht werden. Im Anschluss ist das Ziel, Geflüchtete (unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus) so schnell wie möglich dezentral unterzubringen (bspw. in Familien, Mehrgenerationenwohnen, eigenen Wohnungen).
- In der Stadt- und Bauplanung sollte die Unterbringung von Geflüchteten mitgedacht werden. Be- bzw. entstehende (Erst-)Einrichtungen sind dabei so zu planen, dass sie flexibel und auch für andere Zwecke genutzt werden können. Die Stadtverwaltung sollte eine Reserve von Unterkünften bereithalten, welche bei Bedarf genutzt werden können.
- Asylsuchende bekommen vom Ankunftstag an in Deutschland Zugang zum Bildungssystem.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Geflüchtete ohne Genehmigung des Jobcenters einer Beschäftigung nachgehen können.
- Für alle Geflüchteten werden wir eine umfassende Gesundheitsversorgung sicherstellen.
- Für geflüchtete Kinder soll es kostenlose bzw. günstige Ferienangebote geben.
- Buddy-Programme sollen gefördert und unterstützt werden.
- Die Arbeit von Migrantenselbstorganisationen soll besser unterstützt und ihrer Stimme im Rat mehr Gewicht verliehen werden.
- Ehrenamtliches Engagement möchten wir stärker wertschätzen (bspw. durch attraktive Vergünstigungen bei Ehrenamtskarten und Juleica).

Plurale Gesellschaft

In unserem Grundgesetz wurden die Würde des Menschen, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, die Gleichheit aller Menschen sowie ein Verbot von Diskriminierung festgeschrieben. Dennoch sehen sich viele Menschen auch in Greifswald alltäglich Diskriminierung und Hass ausgesetzt. Der Kampf gegen Diskriminierung und die Anfeindung von Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, Herkunft, sexueller Identität oder religiösen Überzeugung muss eine Selbstverständlichkeit sein. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Grundrechte, gerechte Chancen und gleiche Teilhabemöglichkeiten für alle Menschen uneingeschränkt gewährleistet werden – das sind für uns die Säulen einer demokratischen, vielfältigen Gesellschaft.

Rassismus (bspw. anti-schwarzer, anti-asiatischer und anti-muslimischer Rassismus, Antisemitismus oder auch Antiziganismus) findet in allen Bereichen unseres

Zusammenlebens statt. Hassverbrechen wie in Hanau zeigen, wie gefährlich Rassismus ist und welche Konsequenzen er hat. Unsere Stadt muss sich daher jederzeit gegen Rassismus stark machen.

- Wir setzen uns für eine bessere Unterstützung für die Opfer und Betroffenen von Rechtsextremismus, Rassismus und Diskriminierung ein. Dafür werden wir Einrichtungen, die rechtliche, emotionale und psychologische Unterstützung für Betroffene anbieten, unterstützen.
- In Greifswald wollen wir den interreligiösen Dialog, insbesondere zwischen Menschen des jüdischen, islamischen, christlichen Glaubens sowie Agnostiker*innen und Atheist*innen fördern.
- Wir stärken die politische und demokratische Bildung und schaffen für Akteur*innen und Träger*innen der politischen Bildung dauerhafte finanzielle Förderung. Politische Bildung ist ein zentraler Baustein für eine demokratische und gleichberechtigte Gesellschaft, da sie die aktuellen gesellschaftlichen und sozialen Herausforderungen in den Blick nimmt und Bürger*innen zu einer kritischen Beurteilung dieser befähigt sowie Handlungsmöglichkeiten aufzeigt.
- In unserer Kommune etablieren wir eine Datenerfassung über Rassismus und Diskriminierung, um die Faktenlage deutlich zu verbessern. Hierfür regen wir eine Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen an, um die Daten und Informationen regelmäßig analysieren und eine Studie zur kommunalen Situation erstellen zu können.
- Wir fordern, dass Mitarbeiter*innen des Ordnungsdienstes sowie der Verwaltungsangestellte ein Antidiskriminierungstraining absolvieren (insb. der Ausländerbehörde, des Jobcenters und sozialer Dienste; Best Practice: Köln). Der Schwerpunkt liegt auf interkultureller Kompetenz und diskriminierungssensiblen Handlungsstrategien und bezieht sich konkret auf den Arbeitsalltag. Das Training soll jährlich und verpflichtend stattfinden. Ergänzend werden Supervisionen angeboten.
- Wir fördern und unterstützen Unternehmen und Non-Profit-Organisationen, die eine rassismuskritische und diversitätssensible Organisationsentwicklung anstreben und aufbauen wollen.
- Wir fördern einen kultursensiblen Umgang der Polizei und einen regelmäßigen Austausch von Migrantenselbstorganisationen und der örtlichen Polizeibehörde und bauen zusätzlich eine unabhängige Meldestelle bei der Polizei auf, die in möglichen Fällen von Polizeigewalt, Racial Profiling oder Diskriminierung durch Polizeibeamt*innen ermittelt.
- Wir überprüfen sämtliche Straßennamen und Bezeichnungen von Orten und Plätzen, die eine koloniale Vergangenheit haben. Wir machen uns stark für Bezeichnungen, die im Zeichen von Antidiskriminierung stehen und einen Perspektivwechsel in Richtung der Opfer und Gegner*innen des Kolonialismus vornehmen.
- Wir entwickeln einen Mechanismus gegen Hasskriminalität, gemeinsam mit einer behördenübergreifende Gruppe aus kompetenten Expert*innen, die potenziell an solchen Konflikten beteiligt sind (Polizei, Bildungssektor, Jugendarbeiter*innen, Sozialarbeiter*innen, Wissenschaft, zivile Organisationen usw.). Diese

Expert*innengruppe soll mit der Verantwortung für die lokale Koordination der Beratung und Analyse von entsprechenden Konfliktsituationen betraut werden.

Es geht um die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am Leben in der Gesellschaft. Dabei begegnen Menschen mit Behinderungen zahlreichen Barrieren, physischen wie psychischen. Um die Teilhabe zu ermöglichen, müssen sich öffentliche wie private Räume an dem Ideal der Barrierefreiheit messen lassen und sind möglichst barrierearm zu gestalten. Daneben sind Menschen mit Behinderungen oftmals von Diskriminierung und Ableismus bis hin zur Behindertenfeindlichkeit betroffen. Das trifft sowohl Menschen mit sichtbaren Behinderungen als auch Menschen mit nicht sichtbarer Behinderung, insbesondere in den Bereichen Bildung und Arbeit. Auch mangels Begegnung haben viele nichtbehinderte Menschen keine Vorstellung vom Leben mit Behinderung.

- Wir setzen uns dafür ein, dass Greifswald gegen jede Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen vorgeht. Kommunale Angebote dürfen niemanden ausschließen.
- Greifswald sollte sich bei den zuständigen Landesbehörden dafür einsetzen, dass Lehrpläne und insbesondere Inklusionsmaßnahmen bzw. Nachteilsausgleiche auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen angepasst werden.
- Wir fordern die Stadt dazu auf, bei ihrer Bauplanung Menschen mit Behinderung im Blick zu behalten und insbesondere öffentliche Verkehrsmittel, öffentliche Plätze und öffentliche Gebäude möglichst barrierefrei zu gestalten. Die Mitarbeitenden der Stadt sind entsprechend zu schulen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Greifswald bestehende Hilfsangebote, insbesondere finanzielle Hilfen, für Menschen mit Behinderungen besser öffentlich kommuniziert.
- Wir fordern lokale Unternehmen dazu auf, die geltende Gesetzeslage konsequenter umzusetzen und Menschen mit Behinderungen verstärkt einzustellen und gleichwertig zu behandeln. Dazu gehört, Schulungen anzubieten, um z. B. die Personalabteilungen der Unternehmen bezüglich der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen weiterzubilden.
- Wir setzen uns dafür ein, an Gedenktagen bezüglich der Verbrechen des Nationalsozialismus auch an die Ermordung, die Sterilisierung und die Versuche an Menschen mit Behinderungen zu erinnern und bei entsprechenden Gedenkveranstaltungen mit einzubeziehen.
- Wir möchten, dass Greifswald Vereinigungen von und für Menschen mit Behinderungen bei ihren Tätigkeiten unterstützt und z. B. Räumlichkeiten für eine Therapie zur Verfügung stellt.
- Wir fordern, dass sich kommunale Mitarbeitende mit Gebärdensprache auseinandersetzen und Erfahrungen in diesem Bereich geteilt werden, um so sprachliche Barrieren abzubauen. Das Dolmetschen und die Ausbildung von Dolmetschenden soll gefördert werden.
- Wir setzen uns für barrierefreien Wohnraum, z. B. ebenerdige Duschen, ein. Auch bereits vorhandene Bausubstanz soll umgebaut werden können.
- Im Interesse der Barrierefreiheit im öffentlichen Nahverkehr sind wir dafür, dass mehr Plätze für Gehbehinderte, Rollstuhlfahrende, Menschen mit Kinderwagen

und Senior*innen geschaffen werden. Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten sind barrierefrei zu gestalten.

- Wir fordern, dass Greifswald als öffentliche Stelle die EU-Richtlinie zur Barrierefreiheit von Websites und mobilen Anwendungen konsequent umsetzt.
- Barrierefreie Krisenkommunikation sollte in Greifswald Standard sein, sodass beim Katastrophenschutz die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen mitgedacht werden und z. B. elektronische Notrufe und -dienste flächendeckend Anwendung finden.
- Wir fordern, dass die Regelungen zum Gewaltschutz, insbesondere § 37a SGB IX, umgesetzt werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Führungen für Menschen mit Sehbehinderung und Parkplätze für Menschen mit Behinderungen freigehalten werden. Die kommunalen Ordnungsämter sollen Verstöße hiergegen konsequenter ahnden.
- Wir setzen uns für eine ausgeweitete Nutzung von einfacher Sprache in der Kommunikation der Stadt Greifswald ein. Dies betrifft insbesondere auch sämtliche städtischen Angebote.

Wir sind fest davon überzeugt, dass Geschlechtergerechtigkeit ein zentraler Bestandteil unserer Gesellschaft sein muss. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen* und Mädchen die gleichen Chancen und Möglichkeiten wie Männer und Jungen haben, sei es im Berufsleben, im politischen Raum oder in persönlichen Beziehungen. Feminismus bedeutet für uns, dass alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht respektiert, geschützt und unterstützt werden sollten

- Wir wollen uns für die Erweiterung der Plätze in den Frauenhäusern einsetzen. Gesetzliche Vorgaben erfordern ein Familienzimmer je 10.000 Einwohner*innen. Daher fordern wir, die Plätze auf die gesetzlich vorgegebene Zahl zu erhöhen.
- Neben Frauen möchten wir auch Männer, die von Partnerschaftsgewalt betroffen sind, unterstützen. Wir fordern, die Öffentlichkeitsarbeit für lokale Hilfsangebote sowie Hilfetelone und Schutzwohnungen zu erweitern und so auf das Thema aufmerksam zu machen.
- Wir wollen die Gleichstellung von Frauen* und Männern am Arbeitsplatz bei der Vereinbarkeit von Kindern und bezahlter Arbeit in Gesellschaft und Politik erreichen. Daher setzen wir uns für eine Geschlechterquote und familienfreundliche Arbeitsstrukturen ein; hierbei sind wir davon überzeugt, dass staatliche Stellen bei Einstellung und Beförderung eine Vorbildfunktion einnehmen müssen.

Rechte von LGBTIQ+ sind ein wichtiger Bestandteil einer gerechten und inklusiven Gesellschaft. Wir sind davon überzeugt, dass alle Menschen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität oder geschlechtlicher Merkmale, gleiche Rechte und Freiheiten genießen sollten. Wir setzen uns dafür ein, dass Diskriminierung und Vorurteile aufgrund von LGBTIQ+ Identitäten überwunden werden und dass alle Menschen in der Lage sind, ihre sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität offen und ohne Angst vor Diskriminierung auszudrücken. Wir befürworten daher die Förderung von LGBTIQ+ Rechten in allen Bereichen des öffentlichen Lebens und arbeiten aktiv daran, eine

Gesellschaft zu schaffen, in der alle Menschen in ihrer Vielfalt akzeptiert und respektiert werden.

- Wir setzen uns dafür ein, Queerfeindlichkeit effektiver zu bekämpfen. Zudem soll Queerfeindlichkeit auf kommunaler Ebene gezielter erfasst werden; dies muss mit besseren Beratungsangeboten für Betroffene einhergehen. Die finanzielle Förderung hierfür muss langfristig und unbürokratisch sichergestellt werden.
- Zudem wollen wir ermöglichen, dass ein queeres Budget eingerichtet und mindestens eine Vollzeitstelle für ein queeres Zentrum geschaffen wird (Fokus Bildungsarbeit und queere Belange, zentrale Anlaufstelle für verschiedene Belange).
- Wir setzen uns dafür ein, dass Fachkliniken für geschlechtsspezifische Krankheiten besser (finanziell) gefördert werden.
- Wir sprechen uns dafür aus, dass Schüler*innen im Bereich Sexualität/Gender/queere Lebensweisen verpflichtend Unterricht erhalten.
- Mechanisch anwendbare Verhütungsmittel sollen künftig kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.
- Wir wollen uns für eine enge Vernetzung Greifswalds mit Verbänden, die Minderheiten repräsentieren und Initiativen einsetzen. Bei der Organisation von diversen Veranstaltungen muss Barrierefreiheit stets mitgedacht und durchgesetzt werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass es keine kommunalen Verbote für gleichberechtigte Sprache geben darf. Sowohl in Schulen als auch in der Ansprache von Bürger*innen durch Angestellte bzw. Beamt*innen der Stadt muss es die Möglichkeit geben, dass selbst gewählte Namen verwendet werden dürfen. Verstöße sollen konsequent geahndet werden.
- Zudem fordern wir die Schaffung eines verwaltungsinternen Registers für gewählte Namen, sodass die Betroffenen von der Stadt mit diesen angeschrieben werden können.

Gesundheit

„Jeder Mensch hat einen uneingeschränkten Anspruch darauf, dass seine Würde und Einzigartigkeit respektiert werden. Menschen, die Hilfe und Pflege benötigen, haben die gleichen Rechte wie alle anderen Menschen; sie dürfen in ihrer besonderen Lebenssituation in keiner Weise benachteiligt werden. Da sie sich häufig nicht selbst vertreten können, tragen Staat und Gesellschaft eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Würde.“⁹

Derzeit wird diese Aufgabe zunehmend schwerer, da den pflegenden Angehörigen, zu Pflegenden, Hilfebedürftigen und Pflegekräften nicht die nötigen Kapazitäten wie Personalstärke und Zeit zur Verfügung stehen.

- Um diesen Mangel zu beheben, fordern wir eine nachhaltige Quartiersplanung, in der sowohl Jung als auch Alt Platz finden und voneinander profitieren. Auch sollen Einrichtungen für Kinder verstärkt mit Einrichtungen für Ältere kooperieren; dies hat für beide Seiten nachweislich einen positiven Effekt.

⁹ <https://www.wege-zur-pflege.de/pflege-charta/praeambel.html>

Best Practice: Moers

Das Konzept beinhaltet eine gemeinsame Unterbringung von Kindergarten und Altenheim unter einem Dach und auf einem Gelände und zeichnet sich durch gegenseitige Unterstützung und daraus entstehende Beziehungen aus. In der ambulanten Patient*innenversorgung besteht ebenso wie im stationären Bereich ein Versorgungsmangel. Aufgrund des Pflegenotstandes und des stetig steigenden Bedarfs an ambulanter Pflege kommt es zu einem starken Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage.

Wir setzen uns entsprechend der unterschiedlichen Hindernisse von urbanen und ländlichen Gebieten für folgende Maßnahmen ein:

- Innerstädtisch Pflegepersonal muss auch in für PKWs gesperrte Bereiche fahren dürfen, ähnlich der Post – denn hier geht wertvolle Arbeitszeit verloren. Wir fordern daher gesonderte Parkrechte für Pflegedienstleister*innen in der Stadt (Best Practice: Masterplan Parken in Köln).
- Ländlich: Die Gemeinde sollte Busse o.ä. als Abholservice für Tagespflege zur Verfügung stellen.

Best Practice: Niederlande

Das „Buurtzorg-Modell“ (übersetzt aus dem Niederländischen: Nachbarschaftshilfe) bindet sämtliche an der Versorgung des Menschen beteiligte (Berufs-)Gruppen ein, inklusive der*des Pflegebedürftigen im Zentrum. Da Buurtzorg aufgrund eines anderen Abrechnungssystems mit einem geringeren Dokumentationsaufwand auskommt, liegt der Fokus auf der Versorgung der*des zu Pflegenden. Derzeit existieren schon einige Modellversuche, z. B. in Münster und Leipzig. Um bessere Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte, mehr Zeit für den*die Patient*innen und klientelzentriertes Handeln zu ermöglichen, wollen wir dieses Modell auch in Greifswald fördern sowie die Abrechnungsmethode seitens der Kassen vereinheitlichen.

Drei Viertel der pflegebedürftigen Menschen werden entweder durch Angehörige, ambulante Pflegedienste oder eine Kombination aus beidem versorgt. Der Versorgung durch pflegende Angehörige kommt damit weiterhin eine hohe Bedeutung zu. Aus diesem Grund müssen für pflegende Angehörige – zusätzlich zu den bereits bestehenden Möglichkeiten wie beispielsweise den Fachberatungsstellen der Caritas und der Diakonie – weitere Entlastungs- und Unterstützungsmöglichkeiten geschaffen werden. Pflegende Angehörige geraten häufig plötzlich und dementsprechend unvorbereitet in ihre Situation, hier muss Beratung schnell und transparent erfolgen, ohne dass eine lange Suche nach der richtigen Anlaufstelle erforderlich wird.

Prävention

Für uns ist eine präventive Gesundheitspolitik vorrangig, um nachgeordnete höhere Kosten zu vermeiden. Die bereits bestehenden Angebote sollen ausgebaut, fortgeschrieben und unterstützt werden. Kinder müssen in Kita und Schule in gesunder Lebensführung unterwiesen werden. Hierbei sind die Eltern einzubinden, zu informieren und zu unterstützen. In Zusammenarbeit mit der Uni können entsprechende

Infobroschüren, Spiele, Filme usw. zu den Themen Ernährung und Bewegung erstellt und beworben werden.

Medizinische Versorgung

Gute medizinische Versorgung sollte für jeden Menschen möglich sein. Im ländlichen Raum stellt dies jedoch eine Herausforderung dar.

- Wir fördern den Ausbau von neutralen und unabhängigen Aufklärungs- und Beratungsangeboten zu Verhütung und Schwangerschaftsabbrüchen.
- Wir möchten in Gesundheitszentren mit Hilfe eines „Gesundheitsexpress“ oder durch fernmedizinische Beratung gewährleisten, dass auch die ländliche Bevölkerung die Möglichkeit einer individuellen medizinischen Beratung erhalten kann.
- Wir unterstützen zudem die Möglichkeit der elektronischen Terminvergabe (nicht nur) für Nottermine – die freie Arztwahl soll dadurch nicht eingeschränkt werden.

Kostenfreie Menstruationsartikel

Um Periodenarmut bekämpfen zu können und allen Betroffenen hygienisches Menstruieren zu ermöglichen, bedarf es des kostenfreien Zugangs zu Menstruationsprodukten in allen öffentlichen Gebäuden, wobei hier vorrangig von Binden und Tampons die Rede ist. Menstruationshygiene ist weder eine Wahl noch ein Luxus, sondern eine Notwendigkeit. Ebenso wie Toilettenpapier in öffentlichen Toiletten zur Verfügung gestellt wird, sind auch Menstruationsprodukte hier anzubieten.

- Wir fordern daher die Verteilung kostenloser Menstruationsprodukte in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen, Gefängnissen, Krankenhäusern, Obdachlosenheimen, Frauenhäusern und „Tafeln“.

Umgang mit Suchtproblemen

In einer Großstadt wie Greifswald treten Phänomene wie Drogensucht oder Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit in konzentrierter Form auf. Davor wollen wir nicht die Augen verschließen.

- Wir setzen uns stattdessen dafür ein, auf akzeptierende Art und Weise auf die Betroffenen zuzugehen, anstatt sie aus der Öffentlichkeit zu verbannen.
- Dazu gehören beispielsweise Flächen und Räume, in denen Abhängige „sauber“ Drogen konsumieren können, immer verbunden mit umfangreichen Angeboten zur Suchtprävention und -bekämpfung. Ein unemotionales Verständnis der gegenwärtigen Lage ist der Schlüssel zu einem guten Umgang mit solchen Problemen.

Best Practice: Frankfurter Weg

Mit dem „Frankfurter Weg“ hat die Stadt das Drogenproblem zu großen Teilen unter Kontrolle bekommen und die Zahl der Drogentoten gesenkt. Die Abhängigen können unter Aufsicht und mit sauberen Werkzeugen konsumieren.

Städtebau und Wohnen in Greifswald

Unsere Vision des Greifswalds der Zukunft ist nachhaltig, sozial und innovativ. Die drängenden Probleme durch die autogerechte Stadtplanung der Vergangenheit wie Lärm, Luftverschmutzung, Unfälle, Platzmangel und Verkehrschaos wollen wir als pragmatische politische Kraft angehen. Dabei steht das Wohl aller Bürger*innen im Vordergrund – denn sie machen Greifswald aus!

Wir setzen dafür auf Quartiere der kurzen Wege, in denen ein komfortabler Alltag für alle Bewohner*innen möglich ist, indem die Weglängen verkürzt werden.

- Wir priorisieren den Umweltverbund (Fuß, Rad, ÖPNV) in der Siedlungs- und Verkehrsplanung.
- Durch polyzentrische Städte und Regionen sowie lokale Zentren zur Daseinsvorsorge verkürzen sich unsere Wege.
- Wir richten verkehrsberuhigte, autoarme Zonen ein und erweitern diese schrittweise. Zentraler Stellhebel wird eine nachfragegerechte Parkraumbewirtschaftung sein, die sich als effektivstes Instrument erwiesen hat. Wir bauen Quartiersgaragen als Mobilitäts-Hubs, in denen Zugang zu verschiedenen Verkehrsmitteln gegeben ist, statt Parkflächen unnötig zu subventionieren.

Best Practices Paris (15-Minuten-Stadt) und Barcelona (Superilles)

Quartiere, in denen bestehende Infrastruktur so umgebaut wird, dass der Durchgangsverkehr auf ein minimal erforderliches Maß reduziert (und auf Schrittgeschwindigkeit entschleunigt) wird. Die Anwohner*innen können den Alltag zu Fuß in angenehmer Zeit (Hemmschwelle 15 Minuten) bewältigen. Mittlerweile dehnt die Stadt Barcelona den Begriff Superilles auf eine Vielzahl sozialer und städtebaulicher Projekte aus, die öffentliche Räume revitalisieren sollen.

- Wir schaffen multifunktionale Viertel und heben die strikte Trennung von Wohn-, Freizeit- und Büro-/Gewerbegebieten auf, was dank den Entwicklungen der Arbeitswelt möglich ist. Dies geht mit engmaschiger, zeitgemäßer, qualitativer Quartiersplanung einher. Sowohl Neubau- als auch Bestandssiedlungen erhalten nachhaltige Mobilitätskonzepte.
- Wir holen uns zusammen mit bestehenden lokalen Initiativen vernachlässigte, unattraktive öffentliche Räume zurück, indem wir diese aufwerten, und vermeiden sogenanntes „hostile design“, welches soziale Randgruppen verdrängt. Ebenso wollen wir uns dafür einsetzen, dass Angsträume abgebaut bzw. in der Planung vermieden werden.
- Wir richten in Greifswald verpflichtende Parkzonen für E-Scooter ein und schränken den Verleih in der Nähe von Großveranstaltungen wie Fußballspielen oder Volksfesten temporär ein – Best Practice Köln.
- Wir sehen uns in der Pflicht, Kinder als selbstständige Verkehrsteilnehmer zu fördern und richten dafür verkehrsarme Zonen mit Elternhaltstellen in fußläufiger

Entfernung um Schulen ein. Gleichzeitig bauen wir sichere, altersgerechte Wege, schaffen ausreichend Kapazitäten für Fahrrad- und Rollerstände an Schulen und beseitigen etwaige Sichtbarrieren oder Gefahrenzonen.

- Kunst, Einzelhandel und Kultur wollen wir in den öffentlichen Raum einbetten. Dazu stellen wir zum Beispiel Schanigärten¹⁰ als Alternative zu Parkplätzen zur Verfügung.
- Stadtentwicklung ist ohne ihre Einwohner*innen nicht möglich. Deshalb setzen wir uns für die Partizipation der Bevölkerung durch beispielsweise mitbestimmende, repräsentative Bürger*innenräte und ein Bürger*innenbudget ein.
- Außerdem wollen wir auch bei Bauprojekten eine aktive Beteiligung der Bürger*innen ermöglichen. Dies soll in der kommunalen Planungskultur sowie durch eine intensivere Beteiligung der Öffentlichkeit in Bauleitplanungen berücksichtigt werden.

Ein Grünes – klimaresilientes und ökologisches Greifswald

Neben Struktur- und Verkehrsproblemen kommen auf Greifswald zahlreiche Herausforderungen durch den Klimawandel zu. Dazu setzen wir auf:

- Die Entsiegelung und Renaturierung von Flächen
- Dach- und Fassadenbegrünung, insbesondere dort, wo dichte Bebauung die Möglichkeit einer angemessenen Entsiegelung verhindert;
- Grünflächen und Frischluftschneisen, die unsere Wohnungen kühlen. Sie wirken insbesondere dort, wo sich durch Glas und Beton Wärme anstaut. In Kooperation mit lokalen Initiativen können diese auch bewirtschaftet werden (Guerilla Gardening), oder als Eh-Da-Flächen zur Erhaltung der Biodiversität dienen. Im Zuge dessen nehmen wir ein Gebot zur Bepflanzung freier, ungenutzter Flächen in den Bauordnungen auf, um sog. Schottergärten zu verhindern (Best Practice: Xanten) und Renaturierungen zu fördern.
- Öffentlichen Zugang zu Trinkwasser für alle gesellschaftlichen Gruppen;
- Helle Farben auf öffentliche Flächen wie Dächern und Straßen, sodass diese sich in der Sonne weniger aufheizen;
- Die Förderung und Auswertung von Pilotprojekten zur Verbesserung der Luftqualität, beispielsweise durch Bepflanzung.
- setzen wir uns für eine einheitliche Abfallentsorgung ein, da Papiermüll zurzeit meist nur in Sammelstellen entsorgt werden kann, fordern wir eine gleichrangige Entsorgung wie bei anderen Abfallarten

Wohnraum für alle Bürger*innen Greifswalds

Greifswald definiert sich vor allem durch ihre Einwohner*innen. Bezahlbarer und nachhaltiger Wohnraum darf kein Luxus sein.

- Wir werden sozialen, inklusiven, gezielt nachhaltigen Neubau fördern und beschleunigen, jedoch die Modernisierung – auch von leerstehenden Immobilien –

¹⁰ Ausweitung von Konsumflächen (Restaurants, Einzelhandel) auf den Straßenraum im Sommer, wie beispielsweise zur Zeiten der Corona-Pandemie.

dem Neubau vorziehen. Wir prüfen eine mögliche Priorisierung von Baugenehmigungen, die diesen Anforderungen entsprechen. Gleichzeitig streben wir die Besteuerung von Leerstand an und nutzen die Möglichkeiten aus §176 des Baugesetzbuchs (BauGB), um brachliegende Flächen zu vermeiden. Der sparsame Umgang mit Flächen ist dringend notwendig. Dazu gehören auch urbane Nachverdichtungen, sofern sie sinnvoll und nachhaltig sind und ein leistungsfähiges Mobilitäts- und Integrationskonzept beinhalten.

Best Practice Köln

Das kooperative Baulandmodell in Köln schafft bezahlbaren Wohnraum, indem in größeren Neubauwohngebieten (>1800qm Geschossfläche) mind. 30 % öffentlich geförderte Wohnungen errichtet werden müssen. Dazu kommt die Verpflichtung zum Bau von Grünflächen und Angebote für Kinder wie Spielplätze und Betreuungsangebote.

- Wir wollen eine „Housing First“-Strategie wie in Finnland durchsetzen, um so die Obdachlosigkeit in Greifswald zu bekämpfen und Menschen langfristig wieder in die Gesellschaft zu integrieren.
- Wir stärken den gemeinwohlorientierten Wohnungssektor durch Investition in soziales oder genossenschaftliches Wohnen – Best Practice Wien – sowie durch Priorisierung bei der Baugenehmigung. Das gilt ebenfalls für barrierefreie (Um-)Bauten.
- Wir wollen eine städtische Anleihe für Erwerb und Errichtung neuer Immobilien durch die Stadt herausgeben.
- Wir wollen kommunale, renaturierende Bodenfonds einrichten. Damit legen wir eine vorausschauende Politik fest, um auf einen Vorrat an unbebauten Flächen zurückgreifen zu können. Daneben wollen wir das Erbbaurecht als boden- und wohnungspolitisches Instrument nutzen und damit hinsichtlich Ressourcenverbrauch, Klimagerechtigkeit und Kreislauffähigkeit Maßstäbe setzen. Wir werden kommunale Flächen und soziokulturelle Projekte vorrangig über das Erbbaurecht und durch niedrige Zinssätze in diesem fördern.

Best Practice Wien

Die Stadt Wien setzt in vielerlei stadtplanerischer Aspekte Maßstäbe, indem sie Gemeindewohnungen errichtet, damit günstigen Wohnraum für alle sozialen Schichten verfügbar macht und gleichzeitig Wohnungsbau fördert. Der hohe Anteil an gemeinnützigen Wohnungen senkt in der ganzen Stadt die Miete und kann zum Teil das Problem der sozialen Segregation entschärfen.

- Wir setzen uns für nachhaltige, nachwachsende und klimaneutrale Bauweisen ein, wie Passivhäuser¹, oder die Nutzung von Holz und recycelten Beton.
- Wir verfolgen das Ziel, die Nachfrage nach innerstädtischem Wohnraum zu reduzieren. Dies ist z. B. durch eine verbesserte Anbindung Greifswalds an das Umland möglich. Aber auch innovative Wohnmodelle wie Mehrgenerationenhäuser

und Clusterwohnungen (bspw. WG's), welche durch Gemeinschaftsflächen Raum sparen, federn die Wohnungsnot ab.

Wir wollen zu einer besseren Zukunft in Greifswald für alle Einwohner*innen beitragen. Gemeinsam können wir eine lebenswerte und moderne Hansestadt schaffen, die nicht nur Probleme löst, sondern auch als Vorbild für andere Kommunen dienen wird. Ein innovatives Greifswald, das Menschen aus aller Welt begeistern wird.